

Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.13 - 65. Jahrgang

27. Juni 2015

CSD: Queer-Sozis starten mit Truck 40



Michael Müller nahm sich viel Zeit am Stand der Queer-Sozis. Foto: Hans Kegel

Mehrere hunderttausend Besucherinnen und Besucher zählte am vergangenen Wochenende das Motzstraßenfest. Viel Betrieb war auch am Stand der Queer-Sozis, wo u.a. Klaus Wowereit und der Regierende Bürgermeister Michael Müller länger Station machten. An diesem Sonnabend geht die diesjährige Saison in Berlin mit dem 37. CSD unter dem Motto „Wir sind alle anders. Wir sind alle gleich.“ weiter.

Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller gibt den offiziellen Startschuss für den CSD. Nach der Eröffnungszeremonie setzt sich der Demonstrationzug gegen 12:30 Uhr in Bewegung. Insgesamt 43 Trucks nehmen am CSD teil, die QueerSozis (Schwusos) Berlin starten mit dem Truck Nr. 40, der höchstwahrscheinlich später als 12:30 Uhr starten wird. DJ U-Seven wird auf dem Truck der QueerSozis (Schwusos) Berlin auflegen. **BS □**

➡ Samstag, 27.06.2015, Truck Nr. 40. Start: 12:30 Uhr am Kurfürstendamm / Joachimsthaler Straße. Strecke: Wittenbergplatz, Nollendorfplatz, Lützowplatz und Siegestsäule zum Brandenburger Tor. Dort beginnt um 16:30 Uhr das Programm auf der Hauptbühne.

Landesparteitag:

Die Themen der Stadt im Blick

Arbeitsparteitag der Berliner SPD mit wichtigen Beschlüssen

„Das war ein guter Arbeitsparteitag“, sagte der Berliner SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß in seinem Schlusswort auf dem Landesparteitag am 13. Juni. Die SPD habe „konstruktiv und ernsthaft über die Themen diskutiert, die für diese Stadt wichtig sind“.

Mehr als zehn Stunden hatten die Delegierten des Landesparteitags über Friedenspolitik und die Verhinderung von Fluchtursachen, über vernünftige Unterbringung und bessere Integration von Flüchtlingen beraten. Beschlossen wurde zudem ein umfangreiches finanzpolitisches Konzept, das sich die Stärkung der Bezirke auf die Fahnen schreibt und die Personalentwicklung an der Entwicklung des Bedarfs in der wachsenden Stadt festmacht. In einem weiteren Beschluss setzt sich die SPD für eine personelle Besetzung der Bürgerämter ein, die lange Wartezeiten vermeidet.

Die 235 Delegierten beschlossen einstimmig die in der Partei zuvor intensiv diskutierten „Strategien gegen rechts“. Viele Anträge wurden im Konsens beschlossen, da-



Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier mit Jan Stöß, Michael Müller, Raed Saleh und Ulrike Sommer auf dem Berliner Landesparteitag. Foto: Horb

runter ein Aufruf an die Post, ihre Beschäftigte nicht länger zu deutlich niedrigeren Tarifen in neu gegründete Firmen abzuschieben. Die Berliner SPD habe mit ihrem Parteitag anders als die gleichzeitig tagenden CDU unter Beweis gestellt, dass sie an den wichtigen Themen der Stadt arbeite, so der SPD-Landesvorsitzende Stöß. **BS □**

Siehe auch Seite 5 - 7

Gute Arbeit für Geflüchtete

DGB: Arbeitsrechte müssen gesichert werden

Der stellvertretende Berlin-Brandenburger DGB-Vorsitzende Christian Hoßbach unterstützt die Anstrengungen, geflüchtete Menschen möglichst schnell in Arbeit und Ausbildung zu bringen. Er rief aber dazu auf, mit dem „jetzt gegebenen positiven Schwung“ für den Aufbau nachhaltiger Strukturen für Gute Arbeit zu sorgen.

„Die Sicherung ‚Guter Arbeit‘ und die Rückwirkungen auf den Arbeitsmarkt in Gänze werden angesichts des aktuellen Problemdrucks kaum diskutiert“, kritisierte der DGB-Gewerkschafter. „Dies in einer Zeit, in der wir Stück für Stück dabei sind, die gewaltigen Verwerfungen am Arbeitsmarkt in Ordnung zu bringen - Mindestlohn, Regulierung von

Leiharbeit, Werkverträgen, Stärkung des Tarifvertragssystems.“ Wenn aus der Integration Geflüchteter in Arbeit und Ausbildung

IN DIESER AUSGABE:

AUFSTIEGSGESCHICHTEN	S. 3
TEGEL NACH DEM FLUGLÄRM	S. 4
PROGRAMMKONFERENZEN	S. 7 - 8
DEBATTE: NETZNEUTRALITÄT	S. 10

tatsächlich ein Gewinn für alle werden sollte, dann müssten die Bedingungen stimmen, erklärte Hoßbach. „Die Integration in den Arbeitsmarkt hört nicht auf, wenn die Menschen einen Job gefunden haben. Vielmehr gilt es sicherzustellen, dass dann auch ihre Arbeitsrechte gewahrt werden.“ **BS □**

Sylvia-Yvonne Kaufmann:

Noch ein langer Weg

Erste Fortschritte zu mehr Gleichstellung

Durch die Frauenquote werden ab 2016 große Unternehmen in Deutschland verpflichtet, bei der Besetzung ihrer Aufsichtsräte einen Frauenanteil von mindestens 30 Prozent zu garantieren. In Schweden haben umfassende Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, wie zum Beispiel flexible Arbeitszeitmodelle oder finanzielle Förderung von Elternzeit, dafür gesorgt, dass die Erwerbstätigenquote bei Frauen fast den Wert der Männer erreicht. Dies sind nur zwei Beispiele dafür, dass im Bereich der Gleichstellung von Frauen und Männern in Europa in der Tat Fortschritte erzielt wurden.

Die positiven Beispiele sollten jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass noch ein langer Weg vor uns liegt. Dies verdeutlicht unter anderem eine Studie des Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen, einer Agentur der Europäischen Union.

Auf einer Skala von 1 (völlige Ungleichheit der Geschlechter) bis 100 (völlige Gleichstellung), unterteilt in die Kategorien „Arbeit“, „Geld“, „Gesundheit“, „Macht“, „Zeit“ und „Wissen“, wird europaweit ein durchschnittlicher Wert von 54 erreicht. Gravierend ist auch der Unterschied zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten. Während Schweden auf einen Wert von 74 kommt, erreicht Rumänien als Schlusslicht gerade einmal einen Wert von 35.

Die Bundesrepublik Deutschland landet mit knapp 52 im Mittelfeld.

RESOLUTION ZUR EU-GLEICHSTELLUNGSSTRATEGIE

Auf der letzten Plenarsitzung des Europaparlamentes haben wir Europaabgeordnete eine Resolution zur Strategie der EU für die Gleichstellung von Frauen und Männern ab 2015 verabschiedet, für die meine bayerische SPD-Kollegin Maria Noichl als Berichterstatterin verantwortlich war.

Das Europäische Parlament hat die Europäische Kommission aufgefordert, eine neue, eigenständige Strategie für Frauenrechte und zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Europa vorzulegen.

Diese sollte einen ganzheitlichen Ansatz verfolgen und jede Diskriminierung von Frauen bekämpfen, seien es sämtliche Formen von Gewalt gegen Frauen, von Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt oder immer noch vorherrschende geschlechter-spezifische Stereotypen.



Sylvia-Yvonne Kaufmann ist Berliner Europa-abgeordnete. Foto: SPD Berlin

KONKRETE VORSCHLÄGE FÜR GESETZESINITIATIVEN

Die Verabschiedung dieser Resolution war ein großer Erfolg, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Konservativen dem Plenum einen Alternativtext zur Abstimmung vorgelegt hatten. Dieser enthielt lediglich die Feststellung bereits beschlossener Maßnahmen und nur allgemein gehaltene Empfehlungen an die Kommission. Die letztendlich beschlossene Resolution dagegen geht deutlich weiter und macht konkrete Vorschläge für Gesetzesinitiativen. So wird beispielsweise die Kommission aufgefordert, einen Rechtsakt vorzulegen, um zu ermöglichen, Gewalt gegen Frauen und Mädchen besser statistisch zu erfassen. Das würde einen verstärkten Ansatz der Mitgliedstaaten zur Prävention und Verfolgung aller Formen von Gewalt gegen Frauen und Mädchen ermöglichen.

GLEICHSTELLUNG VON LGBTI GEFORDERT

Hervorzuheben ist, dass die Resolution traditionelle Geschlechterrollen hinterfragt und fordert, die Diskriminierung von Lesben und Schwulen und weiteren Gruppen (LGBTI) mit einem spezifischen Fahrplan der Kommission zu bekämpfen.

Gerade hier gibt es großen Handlungsbedarf, beispielsweise im Bereich der Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften mit der Ehe.

Der klare Ausgang des Referendums in Irland pro „Ehe für alle“ hat gezeigt, dass die Zivilgesellschaft bereits weiter ist als die Gesetzeslage in den meisten Mitgliedstaaten, auch in Deutschland. Hier können wir in unserem Kampf für Gleichberechtigung anknüpfen.

Sylvia-Yvonne Kaufmann □

POLITIK PERSÖNLICH

Jan Stöß, SPD-Landesvorsitzender, ist von der SPD-Abteilung Alexanderplatz als Kandidat im Wahlkreis 2 zur Abgeordnetenhauswahl nominiert worden. Er erhielt 29 Stimmen, 15 entfielen auf seinen Gegenkandidaten Stefan Draeger. Draeger zog im Anschluss seine Kandidatur für das Abgeordnetenhaus zurück. Seine Abteilung nominierte ihn erneut für die BVV-Liste.

Mitte:

Gedenken an die Opfer des 17. Juni



Rosenaktion: Jan Stöß, Stadträtin Sabine Smentek und der Kreisvorsitzende Boris Velter. Foto: Horb

Mit der Niederlegung von 1000 Rosen am Mahnmahl in der Wilhelmstraße haben die Berliner SPD und die SPD Mitte der Opfer des Arbeiteraufstands vom 17. Juni 1953 in der DDR gedacht.

Dieser Rosenteppich sei eine gute Tradition sozialdemokratischen Erinnerns, sagte der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß in seiner Ansprache. Mindestens 35 Demonstranten fanden bei den Protesten den Tod, bis 1955 erfolgten in der DDR etwa 15.000 Festnahmen.

BS □

Berliner Stimme

Herausgeber: SPD Landesverband Berlin
Verlag: wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, D 10405 Berlin
Redaktion: Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Abo-Service: Jürgen Thomas, Tel.: 2130 870, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de
 Abonnementspreis: 28 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 35 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)

Druckerei: KORRekt Mailingservice Berlin

Bildung:

Geschichten vom Aufstieg

Raed Saleh besuchte das Berlin-Kolleg

Ein rotes Backsteingebäude mit Uhrenturm in der Mitte, davor ein großer Hof mit grünen Bäumen. „Ein bisschen wie bei Harry Potter“, sagt der stellvertretende Leiter des Berlin-Kollegs, René Marschall lächelnd, als er gemeinsam mit Leiterin Angelika Weiß die Gäste begrüßt. SPD-Fraktionschef Raed Saleh und der Abgeordnete Thomas Isenberg besuchen beim Stadtteiltag Tiergarten das Institut zur Erlangung der Hochschulreife an der Turmstraße. Mit dabei sind Bezirksbürgermeister Dr. Christian Hanke und Bezirksschulstadträtin Sabine Smentek.

Rund 600 Frauen und Männer ab 19 Jahre sind derzeit am Berlin-Kolleg. Auf dem Zweiten Bildungsweg können sie im Verlauf von drei Schuljahren den Mittleren Schulabschluss, den schulischen Teil der Fachhochschulreife und das Abitur nachholen. Als Voraussetzung dafür muss unter anderem eine Ausbildung, drei Jahre Berufstätigkeit oder drei Jahre Führung eines eigenen Haushalts mit Kind nachgewiesen werden.

Die Gründe, warum das Abitur auf dem Zweiten Bildungsweg nachgeholt wird, sind so vielfältig wie die Kollegiatinnen und Kollegiaten. „Wir haben eine unglaubliche Mischung von Biografien, aber auch von unterschiedlichen Schwierigkeiten, die im Leben auftreten können“, sagt Angelika Weiß. So dürfe das Thema Jugenddepression und Schulabbruch nicht unterschätzt werden. Viele hätten aber auch eine zunächst angestrebte Karriere zum Bei-



Beim Berlin-Kolleg: Thomas Isenberg, Raed Saleh, René Marschall und Angelika Weiß vom Berlin-Kolleg, Christian Hanke und Sabine Smentek.

spiel im künstlerischen Bereich aufgegeben.

In Berlin gibt es fünf solcher Tagesskollegs. SPD-Fraktionschef Raed Saleh sagt: „Die Kollegs sind eine ursozialdemokratische Einrichtung. Hier entstehen Aufstiegsgeschichten von jungen Menschen, die bereit sind, die zweite Chance zu nutzen und neu durchzustarten. Wir müssen diese Einrichtungen stärker in den Blick nehmen.“

Der Bedarf nach Unterstützung ist laut Leiterin Angelika Weiß auf jeden Fall da. Ob für ein Coaching zum Thema „Wie lerne ich richtig“ für die Kollegiatinnen und Kollegiaten, für die Betreuung von Fachhochschul-Praktikanten oder der Bibliothek. Auch ein neues Bildungsprojekt steht an: „Wir möchten gerne junge Flüchtlinge aufnehmen und sprachlich so fit machen, dass sie das schriftliche Abitur bestehen.“ **cs** □

Stadtentwicklung:

Wem gehört der öffentliche Raum?

Stadtforum: Die Debatte geht weiter - Online-Forum für Ideen

Auf dem 2. Stadtforum Berlin im Tempodrom am Anhalter Bahnhof hat Stadtentwicklungssenator Andreas Geisel zu einer intensiven Debatte über die Nutzung des öffentlichen Raums aufgerufen. Er müsse so gestaltet sein, dass er heute und in Zukunft ein Ort für alle Berlinerinnen und Berliner sei, so Geisel.

„Der öffentliche Raum wird in der wachsenden Stadt von immer mehr Menschen immer intensiver genutzt. Neben dem Kampf um bezahlbaren Wohnraum geht es in der wachsenden Stadt Berlin auch darum, die nicht endlos zu Verfügung stehende Fläche solidarisch und sozial gerecht zu organisieren“, sagte der Stadtentwicklungssenator. So gelte es bei der Verteilung der Straßenfläche zwischen Autos, ÖPNV

und Fahrrädern für einen gerechten Ausgleich zu sorgen, es gehe aber auch um die Frage, „wer was auf welchen Freiflächen in der Stadt tun darf“..

Über die Fragen der Gestaltung und des Managements müsse in der Stadtgesellschaft die Debatte geführt werden. Bereits vor der Veranstaltung konnten sich Interessierte online mit Beiträgen beteiligen. Berlin müsse sich bis zum Jahr 2030 auf technische Entwicklungen wie das selbstfahrende Auto einstellen, so eine der Empfehlungen. Damit würden private PKWs überflüssig. Andere setzen sich für mehr Toleranz bei Musikaufführungen ein und fordern mehr Sitzmöglichkeiten in der Stadt. **BS** □

Online-Debatte: www.berlin.de/stadtforum

Denkmalschutz:

115.000 Euro für die East Side Gallery

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags hat insgesamt 20,8 Millionen Euro Bundesmittel für den Denkmalschutz freigegeben. Mit 115.000 Euro profitiert die East Side Gallery vom Sonderprogramm.

„Nachdem das Land Berlin bereits seinen Anteil in den Haushalt eingestellt hat, zieht der Bund nun nach. Die erforderliche Summe für die Sanierung steht damit bereit“, so die Bundestagsabgeordnete in Friedrichshain-Kreuzberg Cansel Kiziltepe. „Der hohe Zustrom von Besuchern hat dem Mauerstück aber seit der letzten Sanierung 2009 erheblich zugesetzt. Auf der Länge von 1,3 Kilometern müssen die Mauerstücke von Graffiti gesäubert und ausgebessert werden.“ Gleichzeitig muss nun die Frage der Trägerschaft endgültig und dauerhaft geklärt werden. Haushaltsexperte Swen Schulz (SPD): „Mit einer Aufnahme in die Stiftung Berliner Mauer wäre die Grundlage geschaffen, um auch zukünftig genügend Mittel für den Erhalt der East Side Gallery bereitzustellen.“

Sanierung:

Fördermittel für die Märkische Scholle



Bundsumweltministerin Dr. Barbara Hendricks mit den Vorstandsmitgliedern der Märkischen Scholle Margit Piatyzek-Lössl und Jochen Icken. Foto: BMUB Sascha Hilgers

Bundsumweltministerin Dr. Barbara Hendricks hat der Genossenschaft Märkische Scholle jetzt einen Zuwendungsbescheid aus dem Umweltinnovationsprogramm in Höhe von 740.000,- Euro übergeben. Mit Hilfe dieser Fördermittel wird die Genossenschaft eine annähernd warmmietenneutrale Sanierung von vier sanierungsbedürftigen Gebäuden aus den 1930er und 1960er Jahren im Stadtquartier „Gartenstadt Lichterfelde Süd“ umsetzen. Sie werden bis Dezember 2018 umfassend und sozialverträglich auf einen besonders hohen energetischen Standard saniert, um Heizkosten zu senken. **BS** □

Tegel: Perspektiven für die Zeit nach dem Lärm

Bruni Wildenhein-Lauterbach und Jörg Stroedter beim Gespräch vor Ort

Anders als auf dem Tempelhofer Feld sind die Planungen für die Nachnutzung des Flughafens Tegel bereits weit fortgeschritten. „Uns kommt zu Gute, dass wir durch die Verzögerungen bei der BER-Eröffnung Zeit gewonnen haben. So können wir unmittelbar nach der Entwidmung mit der Bauphase beginnen“, sagte Engelbert Lütke Daldrup, Staatssekretär in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, bei einer Veranstaltung, zu der die Abgeordneten Bruni Wildenhein-Lauterbach und Jörg Stroedter geladen hatten.

Zu dem Termin, genau drei Jahre nach dem ursprünglichen Eröffnungstermin des BER, waren viele interessierte Bürgerinnen und Bürger gekommen, vorwiegend Anwohner, die sich über den Sachstand der Planung informieren wollten. Für Jörg Stroedter, dessen Wahlkreis auch das Flughafengelände umfasst, ist das eine Ehrensache: „Bereits seit längerem kooperieren wir mit den Bürgerinitiativen gegen Fluglärm. Die Reinickendorfer Bevölkerung hat auch niemand gefragt, ob sie einen Flughafen vor die Nase gesetzt bekommen wollen,“ eine Anspielung auf die vehemente Kritik an den Flugrouten im Südosten Berlins rund um den BER.

Für Bruni Wildenhein-Lauterbach standen die Planungskonzepte im Mittelpunkt der Debatte. Die Leute wollten schließlich wissen, was sie künftig erwartet. Daher sei es gut, so Alexander Kulpok, Moderator der Diskussion, dass bereits frühzeitig mit Bürgerbeteiligungsverfahren begonnen worden sei. Lütke Daldrup sagte zu, dass die Tegel Projekt GmbH ihre Aktivitäten auch auf die unmittelbare Nachbarschaft des Geländes ausdehnen und intensivieren werde. Gut sei zumindest, dass die SPD so eng mit allen Akteuren vernetzt sei. Daher habe man frühzeitig den Flächennutzungsplan für die Mäckeritzwiesen anpassen können. Die bisher nur geduldeten Wohnhäuser erhielten nun Bestandschutz.

Neben dem zweiten Campus der Beuth-Hochschule, die ins Hauptgebäude des Terminals zieht und dringend Erweiterungen ihrer Kapazitäten benötigen, wird auch die Fire&Rescue School der Berliner Feuerwehr in den großen Hangar ziehen, um dort wetterunabhängig Einsätze proben zu können. Klar ist auch, dass die Ansiedlung von Unternehmen und die Erschließung des Geländes Zeit in Anspruch nimmt. Lütke Daldrup schätzt 20-25 Jahre, vergleichbar mit Adlershof. Zu Optimis-



Der Reinickendorfer SPD-Vorsitzende Jörg Stroedter (l.) und Bruni Wildenhein-Lauterbach (r.).
Foto: H. Mazatis

mus gäbe es allerdings genügend Anlass: Mit der „Urban Tech Republic“ schafft Berlin das entscheidende Cluster für die großen Fragen städtischer Infrastruktur und Versorgung im 21. Jahrhundert. Während bereits heute über die Hälfte der sieben Milliarden Menschen zählende Weltbevölkerung in Städten lebt, wird es künftige Generationen noch gezielter in die globalen Ballungsräume ziehen. Das wirft Fragen auf: Wie schaffen wir sozial verträgliche Lebensräume unter so rasantem Bevölkerungswachstum? Wie sichern wir bei sich verknappenden Ressourcen die Ver- und Entsorgung der Städte mit Wasser, Energie und Nahrung? Wie muss Verkehr und Mobilität organisiert werden? Fragen, deren Beantwortung globale Bedeutung zukommt.

Konkret vor Ort heißt das, dass neben dem Wirtschafts- und Forschungscampus auch ein Teil der Jungfernheide renaturiert wird. Ziel sei nicht, eine weitere Freifläche

zum Spielen, sondern das gesunde Verhältnis von Wohnen und Arbeiten. Denn nach der gescheiterten Olympiabewerbung 2024, werde ein Teil des Geländes auch ohne Olympisches Dorf zum Wohnquartier. Dafür werde man den Autobahnstummel zu einer regulären Stadtstraße zurückbauen und nahe dem Kurt-Schumacher-Platz 5.000 neue, zum großen Teil bezahlbare Wohnungen entstehen lassen. Die Erschließung erfolge zunächst über ein neu anzulegendes Straßensystem, welches auch als Entlastung des Autobahntunnels dienen müsse und per Bus. Die Planungen beinhalteten aber auch Trassen für ein schienengebundenes Verkehrssystem - dies müsse nicht unbedingt eine Straßenbahn sein, sondern beinhalte auch den Vorschlag der Reinickendorfer SPD, hier ein gänzlich neues System aus dem Bereich der E-Mobilität zu betreiben.

Mit der gemeinsamen Veranstaltung zeigen die Abgeordneten aus Mitte und Reinickendorf auch, dass die Planungen einer gemeinsamen Grundlage und permanenter Verständigung bedürfen. Es macht keinen Sinn, eine Straße zu planen, die dann im Nirgendwo endet, weil der Nachbarbezirk andere Prioritäten vorschreibt. Insofern war es ein gutes Zeichen, dass mit dem Bezirksbürgermeister von Berlin-Mitte, Dr. Christian Hanke und dem Wirtschaftsstadtrat von Reinickendorf auch die bezirklichen Entscheidungsträger mit an Bord waren.

Beste Voraussetzungen also für eine abgestimmte und vorausschauende Planung.

Dirk König □

Lichtenberg:

„Streifendienst verstärken“

SPD-Abgeordneter Gregor Költzsch fordert Einbruchsprävention

Nachdem die Zahl der Einbrüche und Fahrraddiebstähle in Lichtenberg zuletzt deutlich gestiegen ist, sieht der SPD-Abgeordnete Gregor Költzsch Handlungsbedarf bei der Polizei.

Die steigenden Fallzahlen aus dem Süden Lichtenbergs bezeichnet Költzsch als „besorgniserregend“. So wurden 2014 im Vergleich zu 2010 doppelt so viele Einbrüche und Fahrraddiebstähle registriert, und die Diebstähle aus KFZ haben sich um zwanzig Prozent erhöht.

Von allen erfassten Einbrüchen in Einfamilienhäusern entfallen allein 75 % der Fälle auf Karlshorst. Hier sieht der SPD-Abgeordnete Handlungsbedarf: „Um der hohen Zahl an Wohnungs- und Hauseinbrüchen



Der SPD-Abgeordnete Gregor Költzsch sieht Handlungsbedarf bei der Polizei.

entgegenzuwirken, muss in den betroffenen Gebieten der Funkstreifendienst verstärkt werden. Drängend ist es unter anderem im Carlsgarten in Karlshorst und an der Rummelsburger Bucht.“ **PM** □

Landesparteitag:

SPD bestimmt die inhaltlichen Debatten der Stadt

Arbeitsparteitag mit 230 Anträgen - Debatten zu Friedens- und Flüchtlingspolitik

Auf einem Arbeitsparteitag hat die Berliner SPD am 13. Juni Positionen zur Friedenspolitik und zur Verbesserung der Situation von Flüchtlingen beschlossen, „Strategien gegen rechts“ erarbeitet und den Antrag der Arbeitsgruppe Bezirksfinanzen verabschiedet. Zuvor hatten der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß und Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier in ihren Reden deutlich gemacht, dass die SPD für Gleichstellung und eine moderne Gesellschaftspolitik steht und sich in der Tradition Willy Brandts für eine Fortsetzung der Entspannungspolitik einsetzt.

„Berlin hätte gerne im Bundesrat mit Ja gestimmt zur Ehe für alle“, stellte der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß gleich zu Beginn seiner Rede fest. Die Berliner SPD habe großen Respekt dafür, mit welcher Ernsthaftigkeit und Entschlossenheit Michael Müller für ein Ja gekämpft habe.

Jan Stöß begrüßte die Delegierten zu einem „Arbeitsparteitag“. Dies gelte in einem doppelten Sinne, es gehe auch um gute Arbeit in Berlin. Stöß begrüßte den Betriebsratsvorsitzenden des Siemens-Gasturbinenwerks und versicherte ihm, die Berliner SPD werde sich weiter für den Erhalt der Arbeitsplätze einsetzen.

Die SPD zeige in Berlin, dass Konsolidieren und Investieren zusammen gehe, so der SPD-Landesvorsitzende. Er nannte es eine riesige Leistung dieser Landespolitik, dass zwei Milliarden Euro Schulden zurückgezahlt werden konnten. Wenn sich die CDU nun rühme, keine neuen Schulden mehr zu machen, sei das lustig, sagte Stöß. „Diese Schulden tragen die Namen Diepigen und Landowsky.“

Jan Stöß verwies an die Leistungen der SPD für die Mieter. Die Berliner SPD habe dafür gesorgt, dass die Mietpreisbremse ins Bundeswahlprogramm aufgenommen wurde, Stöß erinnerte an Zweckentfremdungsverbot und andere Regelungen. Bezahlbare Mieten seien das Thema der Berliner SPD, dabei brauche sie auch keine Belehrungen. Mit dem Mietenbündnis, so Stöß, sind wir „in dem Ziel doch völlig einig, dass der Kampf für bezahlbare Mieten das zentrale Thema ist“. Die Berliner SPD sage aber auch ganz klar, was sie nicht mittrage. Die beabsichtigten Regelungen im Mieterbegehren seien teuer, nützten aber nur wenigen. Zudem dürften die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften nicht durch eine Umstrukturierung zerschlagen werden. Stöß warb dafür, eine Privatisierungsbremse einzuführen.



Jan Stöß und Frank-Walter Steinmeier.

Foto: Horb

Die CDU sei keine Großstadtpartei, so der SPD-Landesvorsitzende. Die CDU habe keine Argumente gegen die Ehe für alle gebracht, sondern nur formal dagegen gesprochen. „Für uns ist es selbstverständlich, dass schwule und lesbische Paare gleich behandelt werden“, so Stöß. Gruselig werde es dann, wenn tatsächlich einmal Argumente kommen. Ohne den Druck der SPD würde auch die beabsichtigte Mitgliederbefragung der CDU zu dieser Frage nicht stattfinden, so Stöß.

Die SPD nehme Mitgliederbeteiligung ernster, hier werden die Mitglieder im Oktober die Möglichkeit haben, über die Kernaussagen des kommenden Wahlprogramms zu entscheiden, kündigte Stöß an.

Jan Stöß erinnerte an Willy Brandts Politik der kleinen Schritte und sein Engagement für Entspannungspolitik. Willy Brandts Erbe sei bei Frank-Walter Steinmeier in guten Händen.

Ein Blick in die Welt verheiße zur Zeit nichts Gutes, so Frank-Walter Steinmeier in seiner Rede. Gute Laune könne er nicht mitbringen.

„Berlin vertraut auf die SPD, ich bin ganz sicher, auch im nächsten Jahr“, so Steinmeier. Was die Bundespolitik angehe, so gebe es Licht und Schatten. Dabei müsse man sich eines merken, so Steinmeier: „Immer, wo Licht ist, hat es mit der SPD zu tun.“ Deutschland hat einen Mindestlohn und dafür habe die SPD gesorgt. Deutschland hat eine Mietpreisbremse, „hier erfunden und im Bund durchgesetzt“.

Es gebe auch Schatten, so Steinmeier. Nicht alle hätten begriffen, dass diese Gesellschaft sich nach vorne bewegt. Die SPD stehe für Gleichstellung und eine andere Zuwanderungspolitik. Wir brauchen gesteuerte Einwanderung, sagte Steinmeier, es helfe nicht, die Tür Asyl ein Stück offen zu halten. „Wir brauchen ein modernes Einwanderungsgesetz.“



Brachte den Antrag „Strategien gegen rechts“ ein: Susanne Kitschun.

„DU MACHST EINEN KLASSE JOB“

Steinmeier lobte die Berliner SPD für die Art, wie sie den Wechsel nach Klaus Wowereit vollzogen habe. An Michael Müller gewandt, sagte Steinmeier: „Ich bin bei weiten nicht der einzige, der sagt: Du machst einen klasse Job.“

Er könne sich an keine Zeit erinnern, wo so viele komplexe Krisen gleichzeitig zu bewältigen waren, sagte Steinmeier. Frieden müsse immer und überall hart erarbeitet werden, er falle nicht vom Himmel. „Wir werden das tun mit Leidenschaft und Engagement, aber auch ohne Illusionen“, so Steinmeier.

Er erinnerte an die Ausgangslage des Konflikts in Europa, die gewaltsame Änderung der Grenzen in Europa vor 70 Jahren. Deutschland habe sich immer dafür eingesetzt, den Gesprächsfaden zu Russland nicht abreißen zu lassen, betonte der Bundesaußenminister. Erstmals seit Ende des Kalten Krieges habe sich jedoch ein Mitgliedsstaat der OSZE gegen die Vereinbarungen gestellt. Russland bleibe ein Nachbar der EU, deshalb gebe es gar keine Alternative dazu, die Gespräche zu suchen. „Es kann keine militärische Lösung geben, sondern nur eine politische.“ Nur mit einem Waffenstillstand könne es Regionalwahlen in der Ost-Ukraine geben und weitere Verhandlungen.

Europa werde in diesem Jahr erheblich unter Druck kommen, sagte Steinmeier. Er nannte zwei mögliche Szenarien: Zum einen sei es möglich, mit verantwortbaren Verhandlungsergebnissen Griechenland in der Euro-Zone zu halten, mit Großbritannien zu vernünftigen Verhandlungsergebnissen zu kommen und bei den Wahlen in den großen Flächenstaaten Rückhalt für Europa zu bekommen. Es könne aber auch das Gegenteil eintreten: Wir verlieren Grie-

Fortsetzung Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

chenland, eine Verständigung zwischen Großbritannien und Europa wird schwierig, in den großen Flächenstaaten setzen sich eurokritische Stimmen durch. Um es nicht so weit kommen zu lassen, werde zunächst einmal alles daran gesetzt, mit Griechenland zu einer Lösung zu kommen.

Steinmeier warb eindringlich für eine Aufnahme von Flüchtlingen in Europa. Wenn sich Europa mit seinen ethischen Maßstäben ernst nehme, stehe bessere Lebensrettung ganz oben an. Aber danach gehe es auch um die Unterstützung der Länder, die die Flüchtlinge zuerst aufnehmen. Für 60 Prozent aller Flüchtlingskinder, die im Libanon zur Schule gehen, finanziere Deutschland den Unterricht. Noch wichtiger sei jedoch die Verbesserung der Situation in den Heimatländern. Dies sei nicht einfach. Aber zum ersten Mal sei es jetzt beispielsweise gelungen, die vier großen libyschen Konfliktparteien an einen Tisch zu bringen. „Und dieser Tisch stand in Berlin.“ Dabei sei noch kein Frieden geschaffen worden, aber es gehe um den „Anfang von etwas“. „Und in der Politik müssen wir wieder mehr Anfänge schaffen“, so der Außenminister. Steinmeier warb darum, das große friedenspolitische Erbe von Willy Brandt anzunehmen. „Bei allem Licht und Schatten bin ich froh, in Regierungsverantwortung zu sein.“

Bei nur einer Enthaltung hat der Landesparteitag den friedenspolitischen Antrag beschlossen. Es geht darin um den Ausbau der zivilen Krisenprävention, die Entwicklung einer ressortübergreifenden Strategie für Friedensförderung und Krisenprävention, internationale Organisationen sollen gestärkt und ausgebaut werden. Es gehe um „Abrüsten, abrüsten, abrüsten“, so einer der Sprecher der antragstellenden Projektgruppe in Mitte.

Der Geschäftsführende Landesvorstand habe sich den Antrag aus der Mitte der Partei zu eigen gemacht, so der stellvertretende SPD-Landesvorsitzende Fritz Felgentreu. Er wies darauf hin, dass der Antrag die Rolle der UNO und der OSZE bei der Lösung internationaler oder europäischer Konflikte betone. Der Antrag versuche jedoch nicht auf alles Antworten zu geben. So müsse weiter über die Frage diskutiert werden, wie man mit Konfliktparteien umgehen solle, die sich den Gesprächen verweigern, wie dies etwa der Islamische Staat tue.

Nicht immer werde eine Lösung mit UNO- oder OSZE-Vermittlung möglich sein, warnte ein Delegierter aus Pankow. Es müsse auch über militärische Möglichkeiten als Ultima ratio gesprochen werden. Ute Finckh-Krämer bezeichnete den Antrag als gelungenen Kompromiss zwischen den verschiedenen Positionen, von Pazifismus



Knut Lambertin wurde als Vertreter Pankows in den Landesvorstand gewählt. Foto: Horb



Nach langen Jahren wieder einmal Gast auf einem Landesparteitag: der frühere stellvertretende Fraktionsvorsitzende Hermann Borghorst. Foto: Horb

bis hin zum Militäreinsatz als ultima ratio, wie sie auch in der Landesgruppe im Bundestag vertreten werden. Robert Budras warnte vor einer neuen Aufrüstungsspirale und dem Einsatz von Drohnen.

Maja Lasic, Beisitzerin im SPD-Landesvorstand, begründete die Resolution zur Flüchtlingspolitik. „Politik wird nicht daran gemessen, was wir versprechen, sondern daran, was wir machen.“ Maja Lasic kritisierte die in den achtziger Jahren beschlossene Beschränkung des Arbeitsmarktzugangs. Kitabesuch und Arbeitsaufnahme seien wichtig. Besonderen Dank richtete sie an die UnterstützerInnen vor Ort, die den Geflüchteten zeigen, dass sie willkommen sind.

Integrations senatorin Dilek Kolat wies auf den Zusammenhang von Friedenspolitik, Menschenrechten und Flucht hin. Es sei eine Schande für Europa, dass das Mittelmeer zum Grab für viele Menschen geworden sei. Es sei ein Fehler gewesen, statt der Rettungsaktion Mare nostrum den Grenzschutz zu stärken. Dilek Kolat rief dazu auf, die Frage der Unterbringung zu klären. Die Unterkunft in Turnhallen und Tragflughallen sei nicht tragbar. Ziel sei die Unterbringung in Wohnungen. Geflüchtete Frauen oder Homosexuelle brauchen einen besonderen Schutz, so Senatorin Kolat. Auch die

die Gesundheitsversorgung müsse verbessert werden. Es wäre menschenwürdiger, wenn Geflüchtete nicht alle drei Monate einen Krankenschein holen müssten, sondern wie in Hamburg eine Chipkarte erhielten. Kritisch betrachtete Dilek Kolat den Umgang der Innenverwaltung mit den Flüchtlingen vom Oranienplatz. Hier wären andere Lösungen möglich gewesen. Mehr Empathie sei nötig.

Als Fehler bezeichnete es Dilek Kolat, die Arbeitsaufnahme eingeschränkt zu haben. „Arbeit kann vielen Menschen helfen, ihre Traumata zu verarbeiten.“ Die Wirtschaft sei bereit, den geflüchteten Menschen eine Perspektive zu geben. Die Ausländerbehörde müsse dies unterstützen. Nur die Hälfte der Geflüchteten habe eine Arbeitserlaubnis. Hier müsse sich die Haltung in der Ausländerbehörde ändern. Die Resolution wurde mit einigen Änderungen bei einer Enthaltung angenommen. Ebenfalls angenommen werden mehrere Anträge mit praktischen Verbesserungsvorschlägen zur Flüchtlingspolitik.

Susanne Kitschun, Vorsitzende des neu eingerichteten Fachausschusses, brachte den Antrag Strategien gegen rechts ein. Sie wies auf eine breite Lageanalyse hin, die dem seit 2013 vorbereiteten Antrag vorangegangen sei.

Es gehe bei diesem Thema um mehr als die organisierte Rechte, es gehe allgemein um Fragen von Zugehörigkeit und Ausgrenzung, auch um religiöse Fragen. Der Opferschutz müsse verbessert werden, so Susanne Kitschun. Notwendig sei ein Landesantidiskriminierungsgesetz. Es muss die Bereiche Bildung, Gesundheit, Vergabe-recht und Soziales einbeziehen und den Zugang zu öffentlichen Gütern und Dienstleistungen sowie allgemeine Verwaltungsverfahren absichern. Demokratieförderung als Querschnittsaufgabe, von der Kita bis zum Beruf, sei das Herzstück des Antrags. Es sei aber auch klar, dass die SPD selbst mit gutem Beispiel vorangehen müsse. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Iris Spranger, stellvertretende Landesvorsitzende und gemeinsam mit Torsten Schneider Leiterin der Arbeitsgruppe Bezirksfinanzen, begründete den Antrag „Starke Finanzen im Land und in den Bezirken“.

Sie wies darauf hin, dass Haushaltskonsolidierung und politische Gestaltung miteinander in Einklang gebracht werden müssen. Kernpunkt des Antrags sei es, die Bezirke auskömmlich zu finanzieren. In einer wachsenden Stadt mit erheblichem Zugang müsse auch der öffentliche Dienst mitwachsen.

Es werde bei den Globalsummen bleiben, auch die Kosten- und Leistungsrechnung bleibe erhalten, müsse aber weiter-

Fortsetzung von Seite 6

entwickelt werden vom reinen Sparinstrument zu einem Gradmesser der Wirtschaftlichkeit. Was bislang fehle, sei ein Indikator für die Qualität von Leistung, so Iris Spranger. Manche Auslagerung von Leistungen führe zu einem Kostenanstieg. Ausgliederungen von Leistungen in öffentlichen Unternehmen sollen nicht mehr stattfinden.

Schwarzfahrer sollen künftig keine Haftstrafen mehr antreten müssen, zudem müssten die in den Hartz-IV-Sätzen enthaltenen Kosten für Mobilität - bislang etwa 25 Euro - und die realen Kosten eines Sozialtickets - bislang rund 35 Euro - einander angepasst werden. Beide Beschlüsse gehen auf Anträge der Jusos zurück.

Längere Diskussionen gab es um einen Antrag zum Verbot sexistischer Werbung. Während die Befürworter des Antrags in solcher Werbung eine Erniedrigung der Frau sehen und die Übernahme überholter Verhaltensmuster durch Jugendliche fürchten, wandten sich die Gegner einer solchen Regelung gegen die Einschränkung von Freiheiten. Der Parteitag beschloss keinen Gesetzestext, wie in einem Antrag vorgesehen, sprach sich aber mit Mehrheit gegen sexistische Werbung im Stadtbild aus. Der Initiativantrag 1, den Fraktionszwang bei der Abstimmung über die Ehe für alle im Bundestag aufzuheben, wird einstimmig beschlossen.

Bei der Wahl von 22 Delegierten für den Bundesparteitag erreichten im 1. Wahlgang 22 KandidatInnen die erforderliche Mehrheit. Abgegeben wurden 226 Stimmen, 221 waren gültig. Die Ergebnisse: Frank Boermann 134 gew.; Carolina Böhm 164 gew.; Aziz Bozkurt 64; Daniel Buchholz 170 gew.; Almuth Draeger 143 gew.; Robert Drewnicki 135 gew.; Holger Fabig 24; Ursula Fehling 142 gew.; Dimitri Geidel 15; Ellen Haußdörfer 166 gew.; Karin Hiller-Ewers 121; Mathilde Kannenberg 136 gew.; Heidrun Kletzin 34; Josephine Koebe 14; Marlitt Köhnke 16; Barbara König 167 gew.; Ole Kreins 149 gew.; Rudi Kujath 136 gew.; Kevin Kühnert 56; Knut Lambertin 172 gew.; Bilgin Lutzke 31; Martin Matz 156 gew.; Ulrike Neumann 56; Petra Nowacki 129 gew.; Lars Oberg 43; Erol Özkara 143 gew.; Carmen Regin 123 gew.; Julie Rothe 154 gew.; Barbara Scheffer 42; Gerlinde Schermer 126 gew.; Matthias Schmidt 160 gew.; Mathias Schulz 33; Ingo Siebert 141 gew.; Ulrike Sommer 142 gew.; Mike Szidat 16; Christina Theising 35; Ferike Thom 30; Rolf Wiegand 75; Thomas Wilke 3. **BS** □

➔ Alle Beschlüsse finden Sie auf der Seite parteitag.spd.berlin. Das Beschlussbuch gibt es als PDF: <http://parteitag.spd.berlin.de/wp-content/uploads/beschluesse-vom-13062015.pdf>

Programmkonferenz:

Ideen für die Vielfalt

SPD-Mitglieder diskutierten Thesen zum Wahlprogramm

Spannende Diskussionen, viele Anregungen und neue Sichtweisen: Die Berliner SPD startete mit dem Thema „Berlin. Stadt der Vielfalt. Aufstieg gestalten“ am 17. Juni auf dem Neuköllner Rütli-Campus die Reihe ihrer Programmkonferenzen.

In der Tradition der Arbeiter- und der Frauenbewegung sei es heute die Aufgabe der Sozialdemokratie, „den Kids der Rütli-Schulen Deutschlands“ zu gleichen Rechten zu verhelfen, sagte der Bundesvorsitzende der AG Migration und Vielfalt Aziz Bozkurt in seiner Begrüßung. Nach einem „Brandbrief“ von Lehrerinnen und Lehrern der Neuköllner Schule war dort ein erfolgreiches Modellprojekt entwickelt worden, das bundesweite Beachtung gefunden hat. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Raed Saleh betonte, dass es beim Thema Integration nicht unbedingt um eine ethnische Frage geht, es sei vielmehr eine soziale Frage. Folgerichtig sind etwa die Zuschüsse aus dem unter dem Namen „Brennpunktschulprogramm“ bekannten Förderprogramm für Schulen an der sozialen Lage der Schülerinnen und Schüler orientiert, nicht an Herkunftsländern oder Migrationshintergrund. Weitere Schulen sollen in das Programm aufgenommen werden. Saleh plädierte aber auch für klare Regeln, so müsse bei schuldistanzierten Kindern frühzeitig eingegriffen werden.

Deutlicher werden sollten nach Salehs Auffassung die Potenziale, die sich etwa aus Auslandskontakten oder Mehrsprachigkeit auch für die Wirtschafts- und Arbeitswelt ergeben. Geflüchtete Menschen, da war er sich mit Integrationsministerin Dilek Kolat einig, müssten früh Möglichkeiten der Arbeitsaufnahme haben. In der späteren Diskussion wurde auf die Bedeutung von Sprachkursen und Ausbildung gleich zu Beginn hingewiesen. Jugendliche müssten die Chance haben, eine Ausbildung abschließen zu können und danach auch noch zwei Jahre die Möglichkeit zu Bewerbungen haben. Selbst wenn sich später keine Bleibemöglichkeit ergäbe, sei das eine Investition in die Stabilität der Herkunftsländer.

Neuköllns Bezirksbürgermeisterin Franziska Giffey sprach sich gegen spezielle Angebote für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund aus, eine Förderung müsse sich unabhängig von der Herkunft am Bedarf orientieren. Die Verwaltung müsse nach und nach auch bei den MitarbeiterInnen widerspiegeln, wie die Struktur im Kiez sei.

Ein wichtiges Thema in den Diskussio-



Programmkonferenz mit Aziz Bozkurt, Dilek Kolat und Raed Saleh. Fotos: Horb

nen war die Weiterentwicklung der Ausländerbehörde zu einem Willkommenscenter. Hier wurden zahlreiche Ideen eingebracht. Die Aufgaben der Jugendberufsagenturen wurden ebenso diskutiert wie weitere notwendige Verbesserungen bei der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse, die Einführung von Aufstiegsstipendien oder die Verbesserung des Landesantidiskriminierungsgesetzes durch Einführung unabhängiger Beschwerdeinstitutionen statt des Wegs über Dienstaufsichtsbeschwerden.



Gewichtung der Themen: Mitglieder bewerteten in der Abschlussrunde die für sie wichtigsten Thesen.

In einer Schlussrunde konnten alle TeilnehmerInnen die ihnen wichtigsten Thesen noch einmal bewerten. Mit 30 Punkten erreichte die These „Ausreichende Plätze und gute Bildung von der Kita bis zur Schule für geflüchtete Kinder und Jugendliche: Potenziale von Anfang an schätzen lernen, alte Fehler nicht wiederholen“ die meisten Stimmen. Erst mit etwas Nachdruck durch Raed Saleh kam die These, Drittstaatlerinnen und Drittstaatlern ein Stimmrecht bei thematischen Abstimmungen zu geben, auf Platz 2.

Alle Ergebnisse der Diskussionen werden zusammengefasst und an die Programmkommission unter Leitung von Christian Gaebler weitergegeben. **uh** □

FRAKTION INTERN

Stadtteiltage im Juli. Der Abgeordnete Daniel Buchholz lädt am 9. Juli zum Stadtteiltag Spandau ein. Auf dem Programm stehen ein Kiez-Frühstück in der Wilhelmstadt, ein Rundgang durch die Zitadelle Spandau, ein Besuch des SportJugendClub Wildwuchs und eine Informationsveranstaltung zum Thema „Sicher Leben in der Siemensstadt“. Am 16. Juli findet der Stadtteiltag Schöneberg von Lars Oberg statt. Start ist an der Julius-Leber-Brücke mit einer Frühverteilung. Es folgen ein Workshop mit der Künstlerin Marina Prüfer bei LebenSmittel e.V. und eine Führung durch die aktuelle Ausstellung im Haus am Kleistpark. Außerdem gibt es eine Mobile Sprechstunde am Bayerischen Platz und eine Führung mit anschließender Theatervorstellung im O-TonArt Theater. Die genauen Abläufe der Stadtteiltage unter www.spdfraktion-berlin.de/stadtteiltage.

BER-Untersuchungsausschuss. Berlins ehemaliger Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit ist vom Untersuchungsausschuss BER befragt worden. Er hatte dort bereits im Jahr 2013 zweimal umfassende Rede und Antwort gestanden. Der Sprecher der SPD-Fraktion im Ausschuss, Ole Kreins: „Klaus Wowereit hat mit seiner Aussage die bisherigen Erkenntnisse des Untersuchungsausschusses bestätigt.“ Wowereit beurteilte die von Hartmut Mehdorn eingeführte Organisation SPRINT als insofern positiv, als diese „frischen Wind“ in die verfahren Situation auf der Baustelle gebracht und lösungsorientierte Ansätze gefahren hat. Er hielt allerdings die feste Einbindung von den an Planung und Bau beteiligten Kräften in die Gesellschaft für sinnvoller als die großflächige Beauftragung von externen Beraterteams. Er erläuterte die damals durch ihn initiierte, erfolgreiche Einbindung von Transparency International in die Vergabeverfahren, gab aber zu bedenken, dass allein dadurch kein 100-prozentiger Schutz vor Korruption erreicht werden kann. Über die Kosten der Verschiebung hat die Geschäftsführung den Aufsichtsrat nur unzureichend informiert.

Sommerpause - Abgeordnete in Kiezen aktiv. Am 25. Juni sind die Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses zur letzten Plenarsitzung vor der parlamentarischen Sommerpause zusammengekommen. Die Abgeordneten der SPD-Fraktion sind weiter vor Ort in den Kiezen aktiv. Alle 47 Mitglieder der Fraktion haben Bürgerbüros, (Übersicht: www.spdfraktion-berlin.de/tags/buergerbueros). Die nächste Plenarsitzung findet am 3. September statt. Am 5. September lädt das Abgeordnetenhaus zum Tag der offenen Tür ein. **cs □**



Zum dritten Mal in Folge war die Landesarbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt in der Berliner SPD bzw. die Projektgruppe Russisch sprechende SozialdemokratInnen in Berlin Mitte Juni auf dem deutsch-russischen Fest in Berlin-Karlshorst mit einem eigenen Stand vertreten. Der Veranstalter zählte über 150.000 BesucherInnen. Im Direktgespräch mit den BürgerInnen mit und ohne Migrationshintergrund bemühten sich die Aktiven, neue Kontakte zu pflegen. Mehrere GesprächspartnerInnen lobten eine ehrliche Art der Ansprache, den konsequenten Einsatz für die russischsprachige Bevölkerung sowie eine Bereitschaft, „außerhalb des Wahlkampfes“ ins Gespräch zu kommen. **Foto: AG M&V**

„Soziales Berlin. Sicheres Berlin.“

Mitglieder erarbeiten das Wahlprogramm

Mit der zweiten Programmkonferenz unter dem Titel „Soziales Berlin. Sicheres Berlin.“ greift die Berliner SPD am 8. Juli eines der wichtigsten Politikfelder für die vielfältige Stadt auf.

Durch mehr Teilhabe und neue Wege zu sozialem Aufstieg soll sich Berlin weiter zur Modellmetropole für gesellschaftlichen Zusammenhalt entwickeln. Neben einem Input vom Innenminister des Landes Niedersachsen, Boris Pistorius, gibt es die Möglichkeit, mit dem SPD-Landesvorsitzenden Jan Stöß und weiteren ExpertInnen in drei thematischen Panels zu disku-

tieren und gemeinsam Ideen für die Stadt zu entwickeln. Themen der Panels sind „Sicherheit im öffentlichen Raum“, „Soziale Infrastruktur in einer wachsenden Stadt“ und „Öffentliche Verwaltung - bürgernah und leistungsstark“. Der SPD-Abgeordnete Frank Zimmermann wird die Ergebnisse der Diskussionsrunden vorstellen, die Mitglieder gewählten zum Schluss die Thesen.

➔ Soziales Berlin. Sicheres Berlin. Mittwoch, 08.07.2015, 18.00 Uhr - Einlass 17:30 Uhr, Park Inn Hotel, Alexanderplatz 7, 10178 Berlin. Informationen und AnmeldeLink: www.spd.berlin/pk-soziales-sicheres-berlin

Wahlen, Debatten, Vernetzung

Berliner SPE-Aktivisten auf dem SPE-Kongress in Budapest

In Budapest fand vom 11. bis 13. Juni der zehnte Kongress der sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) statt. Wichtigster Tagespunkt des Kongresses, der unter dem Motto „United for Jobs“ stand, war am 12. Juni die Wahl des neuen SPE-Vorsitzenden.

Dabei wurde der Amtsinhaber und ehemalige bulgarische Ministerpräsident Sergei Stanishev (BSP) mit 69,9% wiedergewählt (bei 16,5% Nein-Stimmen, 13,3% Enthaltungen, Rest: ungültige Stimmen). Vorgegangen war die kurzfristige Rücknahme der Gegenkandidatur von Enrique Barón Crespo aus der spanischen PSOE. Außerdem wurden auf dem Kongress neue SPE Statuten angenommen. Am Rande des Kongresses gab es Diskussionen unter anderem über Organisationsfragen bezüglich Informations- und Abstimmungsprozessen, über fehlende Aussprachen zu Personalien und Sachfragen und über die künftige Rolle der SPE-Aktivisten.

Mit sieben Genossinnen und Genossen waren die Aktivisten von der Berliner SPE-Citygroup sehr gut vertreten. In Workshops zu Themen wie soziale Ungleichheit in Europa, dem Stand der Demokratie in Europa oder den Herausforderungen für die Sozial-



Aktivisten der Berliner SPE-Gruppe.

demokratie im 21. Jahrhundert haben sie sich in die Diskussionen eingebracht. Wie immer bei diesen Gelegenheiten fand auch ein Austausch und eine Vernetzung mit Genossen aus europäischen Schwesterparteien statt, so mit SPE-Aktivisten aus Spanien, Portugal, Italien, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Österreich, Schweden und natürlich aus Ungarn. So war die Durchführung des Kongresses in Budapest auch ein klares Signal an die Regierung Orban, dass die ungarische Zivilgesellschaft und Opposition, darunter unsere Schwesterpartei MSZP, nicht allein gelassen wird, sondern die Solidarität der Sozialisten, Demokraten und Sozialdemokraten Europas erhält. **Hagen Walter □**

Dialog:

„Basis für den Zusammenhalt in der Stadt“

In Spandau wird der Dialog der Religionen gepflegt, jetzt auch mit den Humanisten

Seit fast 10 Jahren gibt es den Dialog der Religionen - eine Reihe von Veranstaltungen, bei denen es um den gesellschaftlichen Frieden in Berlin geht. „Denn wir wollen in Berlin keine religiösen Spannungen, sondern selbstbewusste Religionen, die Frieden stiften und die Gesellschaft bereichern“, so der SPD-Kreisvorsitzende Raed Saleh, der den Dialog in Spandau ins Leben gerufen hat. „In den letzten Monaten und Jahren hat sich gezeigt, dass der Humanistische Verband Deutschlands dazu sehr viel beitragen kann. Deshalb war es mir wichtig, beim jüngsten Dialog der Religionen auch einen humanistischen Vertreter am Tisch zu haben.“

Im gut gefüllten Gemeindesaal der Spandauer Nikolaikirche gab Dr. Ehrhart Körting, ehemaliger Berliner Innensenator, einen Überblick über die Entwicklung des Verhältnisses von Staat und Religion. Zunehmend hätten die Bürger ihre Glaubensfreiheit gegenüber dem Staat eingefordert. Die Grenzen der individuellen Glaubensfreiheit seien aber fließend und wandelten sich im Laufe der Zeit, so Körting. So würde er heute das Berliner Neutralitätsgesetz nicht mehr in der damaligen Fassung vorschlagen.



Dialog der Religionen mit Ehrhart Körting und Raed Saleh. Foto: Fehling

Dr. Jörg Antoine, Chefjurist der Evangelischen Kirche in Berlin, stellte die Wertediskussion der Gesellschaft in den Mittelpunkt. Er sei froh um jeden, der positive Werte für die Gesellschaft entwickle. Denn es gehe darum, für die eigenen Werte zu kämpfen - und nicht gegen die Werte der anderen.

Arik Platzek vom Humanistischen Verband Deutschlands stellte fest, dass viele nicht gläubige Bürgerinnen und Bürger einen Einfluss der Kirchen als unangenehm empfänden. In Berlin seien viele Freiräume vorhanden, die in anderen Teilen Deutschlands fehlten: So gebe es anders als zum

Beispiel in Süddeutschland in Berlin viele soziale Einrichtungen, Krankenhäuser und Kitas, die nicht konfessionell gebunden seien. Diese Gleichberechtigung gelte es zu erhalten.

Emine Erol von der Sehitlik Moschee sagte, sie freue sich über das Angebot der Berliner Politik, einen Staatsvertrag mit den muslimischen Gemeinden zu vereinbaren. Dafür nannte sie vor allem praktische Gründe: So könne man zum Beispiel das Bestattungswesen neu regeln.

Alexander Hasgall vom Arbeitskreis Jüdische Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stellte fest, dass das Verhältnis von Staat und Religion nirgendwo auf der Welt wirklich gelöst sei. Daher plädiere er für Pragmatismus im Umgang mit den Religionen. Es gehe darum, positive und negative Glaubensfreiheit so zu bewahren, dass der Staat neutral bleiben kann.

„Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist der Dialog die Basis für den Zusammenhalt in der Stadt. Dabei sind die Humanisten genauso wie die Religionsgemeinschaften unsere natürlichen Bündnispartner“, so SPD-Fraktionschef Raed Saleh. Er will in Zukunft regelmäßig humanistische Vertreter zum Dialog der Religionen einladen. **Ursula Fehling** □

HVD im Gespräch:

„Ansprechpartner auf Augenhöhe“

Berliner SPD unterstützt Pläne des Humanistischen Verbandes

Die Berliner SPD unterstützt den Humanistischen Verband (HVD) in seinem Bemühen, bei aktuellen gesellschaftspolitischen Fragen als ein wichtiger Ansprechpartner neben den Kirchen gehört zu werden. „Der Landesvorstand der SPD hält es für politisch sinnvoll, dass der HVD den anderen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften auf Augenhöhe begegnet“, sagte der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß nach einem Gespräch des Geschäftsführenden SPD-Landesvorstands mit dem HVD.

In einem gut einstündigen Gespräch mit dem Geschäftsführenden Landesvorstand der Berliner SPD hatten der Präsident des Humanistischen Verbandes Berlin-Brandenburg (HVD), Bruno Osuch, und der Vorstandsvorsitzende Martin Beck das Tätigkeitsfeld des Verbandes vorgestellt. Der HVD-Berlin-Brandenburg hat über 12.000 Mitglieder und 1200 hauptamtlich Beschäftigte. Mit einem umfangreichen Angebot des praktischen Humanismus er-

reicht der HVD jährlich über 300.000 Menschen. Dazu zählen Kita-Einrichtungen, Hospize oder Demenz-WGs, Lebenskundeunterricht, Jugendarbeit, Angebote im Gesundheits- und Sozialbereich, aber auch die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern für den Lebenskunde-Unterricht und verschiedene Angebote im Bereich der Traditionspflege wie Jugend- oder Namensfeiern.

Der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß sicherte dem HVD Unterstützung bei seinem Bemühen zu, den Status einer Anstalt des Öffentlichen Rechts zu erhalten. Der HVD will zudem ein Mitspracherecht in den Rundfunkräten von RBB oder ZDF, um die Interessen der mehrheitlich Konfessionslosen in Berlin besser zu vertreten.

Bruno Osuch betonte die „deutlich gewachsene Rolle der Humanist_innen in der Hauptstadt“ und forderte entsprechende politische Konsequenzen“. Bei Fragen der Flüchtlings- und Sozialpolitik oder dem Dialog der Religionen und Weltanschauungen müsse der HVD künftig einbezogen werden, so Osuch und Martin Beck.

Der Vorschlag, einen humanistischen Lehrstuhl an einer der Berliner Universitäten einzurichten, fand beim SPD-Vorstand Unterstützung. Angesichts des ständig wachsenden Bedarfs an gut ausgebildeten Lebenskundelehrer_innen - momentan werden über 56.000 Schüler_innen unterrichtet - sei dies sinnvoll, erklärte Jan Stöß. An den Schulen, so Osuch, gebe es eine gute Kooperation mit den Lehrerinnen und Lehrern des Faches Ethik, mit denen man die philosophische Grundlage teile. Auch mit den Lehrkräften des Religionsunterrichts suche man die Zusammenarbeit. Verbindende Themen seien etwa der Kampf gegen Rassismus oder die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen.

„Wir freuen uns, dass die Berliner SPD die gewachsene Verantwortungsübernahme des Humanistischen Verbandes in der Stadt anerkennt und so zugleich an die große Tradition einer engen Kooperation von Humanist_innen mit der SPD anknüpft“, betonte der Präsident des Verbandes Bruno Osuch. **BS** □

Kommunikation:

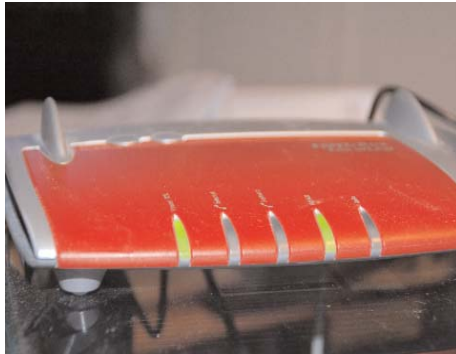
Wie neutral ist das Netz der Zukunft?

Lars Rauchfuß: Intervention für die Vielfalt des Internets

Das Internet ist als Schlüssel-Infrastruktur für soziale und ökonomische Teilhabe nicht mehr wegzudenken. Und seine Bedeutung wird durch die rasante Vernetzung weiterer Lebensbereiche zunehmen, vom „smart home“ über das „smart car“ bis zum „smart TV“.

Die Art und Weise, wie wir diese Infrastruktur als Verbreitungsweg von Presse, Rundfunk, Film, Literatur und Musik gestalten, hat entscheidenden Einfluss auf die Vielfalt von Meinungen und Kultur. Und sie bestimmt, ob das Internet als entscheidender Wirtschaftsfaktor ein Ort von Innovation und Gründung ist oder ein Ort der Konzentration kapitalstarker Player.

An der Netzneutralität entscheidet sich, welchen Regeln und welcher ökonomischen Logik das Internet untergeordnet wird. Vereinfacht gesagt meint Netzneutralität die gleichberechtigte Durchleitung aller Inhalte und Datenpakete durch die Telekom-Anbieter, die die Netzinfrastruktur betreiben und ihren Kunden den Zugang gewähren. Dahinter stecken zwei wesentliche Prinzipien: Das erste, das „best effort“-Prinzip, verpflichtet die Telekom-Anbieter, im Rahmen der Netzkapazitäten sämtliche Daten schnellstmöglich zu transportieren. Das zweite, das Ende-zu-Ende-Prinzip, stellt



Router als Zugangspunkt ins Internet: Wie schnell ist das Netz dahinter? Foto: Horb

sicher, dass wir als Verbraucher direkt mit den Inhalte-Anbietern ins Geschäft kommen, die netzbetreibenden Telekom-Anbieter diesen Kontakt neutral vermitteln.

Ein Beispiel: Will ich einen Blockbuster im Internet anschauen, kann ich dies bei Inhalte-Anbietern wie Netflix, Amazon, Maxdome und vielen kleineren Firmen gegen Bezahlung tun. Meinen Telekom-Anbieter (Deutsche Telekom, Kabel Deutschland, Vodafone, 1&1, etc.) bezahle ich für meinen Internetanschluss. Dies ist in der Regel eine Flatrate, die mich zu einem Pauschalpreis mit allen Angeboten im Netz verbindet.

initiative aus dem Konvent eine wichtige Ergänzung beschlossen: In dem Gesetzgebungsverfahren soll nunmehr eine Überprüfung der Gesetzespraxis festgelegt werden, die nach zwei bis drei Jahren durch unabhängige Expertinnen und Experten durchgeführt werden soll.

Die Befürworter argumentierten mit besseren Aufklärungsmöglichkeiten von schweren Straftaten, wiesen aber auch darauf hin, dass nun erstmals Speicherfristen verbindlich festgelegt seien und die Auswertung der gespeicherten Daten nur nach richterlicher Anordnung erfolgen dürfe. Das Gesetz sei restriktiver als es die Vorgaben des Verfassungsgerichts erfordern hätten.

Die Kritiker gaben zu bedenken, dass die Vorratsdatenspeicherung keine Terroranschläge verhindern könne, aber alle Menschen unter einen Generalverdacht stelle, indem ihre Daten gespeichert würden. Damit wäre ein unverhältnismäßiger Eingriff in die Freiheit verbunden. **BS □**

Gegen diese Struktur begehren die Telekom-Anbieter im Verbund mit der Europäischen Kommission nun auf. Sie wollen ein größeres Stück vom Kuchen und nicht mehr nur an meiner Flatrate verdienen, während die Inhalte-Anbieter immer mehr Geschäftsmöglichkeiten erschließen. Dazu wählen sie zwei Strategien, die gegen die Grundprinzipien der Netzneutralität verstoßen: Erstens wollen sie mit den Inhalte-Anbietern vereinbaren, deren Angebot gegen Aufpreis als Spezialdienste bevorzugt an den Verbraucher zu vermitteln. Vodafone und Kabel Deutschland haben bereits angekündigt, sie würden Netflix gegen Bezahlung bevorzugt behandeln. Kleinere, kreative, nichtkommerzielle Anbieter hätten das Nachsehen.

Die zweite Strategie betrifft direkt mein Nutzungsverhalten durch ein „Drosseln mit Ausnahmen“, wie es im mobilen Internet auf dem Smartphone oder beim Dienst T-Entertain schon erprobt ist. Mit meiner Flatrate bietet man mir ein begrenztes Datenvolumen an - wenn ich zehn Filme im Monat gesehen habe, lädt der elfte langsamer oder gar nicht mehr. Die Telekom-Anbieter streben nun an, die Dienste einzelner Inhalte-Anbieter gegen Entgelt von ihrer Volumenbegrenzung auszunehmen. Kurz: Die allgemeine Internetnutzung wird auf mein Datenvolumen angerechnet, die Angebote von Premium-Partnern werden es nicht. Dies kann meine Wahl, was ich schaue, direkt beeinflussen.

ANGRIFF AUF DIE VIelfALT DES NETZES

Diese Geschäftsmodelle sind ein Angriff auf die Vielfalt des Internets und brechen mit dem Grundsatz einer universellen, für alle gleichberechtigt nutzbaren Netzinfrastruktur. SPD und Grüne blockierten im Europäischen Parlament in den letzten Jahren die ersten Versuche, Anfang 2014 stemmte sich der Ausschuss der Regionen auf Initiative unseres Medienpolitikers Frank Zimmermann gegen den entsprechenden Vorschlag der Kommission für einen „digitalen Binnenmarkt“. Dieser Kommissionsvorschlag ist nun hart umkämpft zurück im Europäischen Parlament, am 10. Juli im Bundesrat und als aktuelle Anhörung auch im Bundestag. Es ist an der Zeit, dass wir dieser Frage unsere Aufmerksamkeit widmen - auch diejenigen unter uns, die wie ich keine Netzpolitiker sind, aber Wert legen auf ein freies, vielfältiges und gerechtes Internet.

Lars Rauchfuß □

Parteienkonvent:

Keine leichte Entscheidung

Berliner Delegation stimmte gegen Vorratsdatenspeicherung

Leicht gemacht hat sich der Parteienkonvent am vergangenen Sonnabend die Abstimmung nicht. Nach längerer intensiver Diskussion, in der sich viele Kritiker des Gesetzentwurfs zur Vorratsdatenspeicherung zu Wort meldeten, wurde der Antrag von drei Fünftel der Delegierten beschlossen.

124 Delegierte folgten dem Vorschlag, eine Vorratsdatenspeicherung wie im Gesetzentwurf von Heiko Maas vorgesehen, einzuführen, 88 Delegierte lehnten das Vorhaben ab, sieben Delegierte enthielten sich. Die siebenköpfige Berliner Delegation hatte zu den Kritikern des Gesetzes gehört, von ihr stimmte niemand zu.

Der Gesetzentwurf sieht vor, die Telefon- und Internetverbindungsdaten aller Bürgerinnen und Bürger zehn Wochen lang zu speichern. Standortdaten von Handy-Gesprächen werden vier Wochen lang aufbewahrt. Der SPD-Vorsitzende bezeichnete das Gesetz als „das fortschrittlichste in ganz Europa“. Gleichzeitig wurde auf In-

Familienpolitik:

Familien werden stärker entlastet

Cansel Kiziltepe und Fritz Felgentreu: Mehr Geld für Alleinerziehende

In unserem Land gibt es ungefähr 1,6 Millionen alleinerziehende Mütter und Väter. Das bedeutet, dass jede fünfte Familie in Deutschland alleinerziehend ist. In den vergangenen Jahren hat keine andere Familienform so an Bedeutung gewonnen wie Ein-Eltern-Familien. Weil es oft noch an ausreichenden (Ganztags-)Angeboten für die Bildung und Betreuung von Kindern mangelt, können viele Alleinerziehende nur in Teilzeit oder gar nicht arbeiten. In der Konsequenz sind Alleinerziehende wesentlich häufiger auf Grundsicherung angewiesen als Familien mit zwei Elternteilen. Das ist für die Kinder in Grundsicherung besonders dramatisch, weil ihre Chancen auf optimale Bildungsteilnahme sinken und ihr Armutsrisiko steigt.

Alleinerziehende Eltern leisten viel in unserer Gesellschaft: Sie müssen die Dreifachbelastung durch Kindererziehung, Einkommenserwerb und Hausarbeit alleine schultern. Sie gehören zu den Familien, die besonders viel leisten. Deswegen müssen sie auch besonders unterstützt werden.

Daher wurde der steuerliche Entlastungsbetrag für Alleinerziehende vor elf Jahren, im Jahr 2004, unter der rot-grünen Bundesregierung eingeführt. Er liegt seitdem bei 1308 Euro. Auf unseren Druck hin wurde nun eine deutliche Erhöhung des Freibetrags für Alleinerziehende um 600 Euro auf 1908 Euro für das erste Kind beschlossen. Für jedes weitere Kind gibt es einen zusätzlichen Freibetrag von 240 Euro. Diese Anhebung wird rückwirkend zum 1. Januar 2015 gelten.

SPD-FRAKTION HAT
SICH DURCHGESETZT

Es ist ein klarer Erfolg der SPD-Bundestagsfraktion, dass diese Erhöhung überhaupt kommt und dass sie nicht auf zwei Jahre aufgeteilt worden ist. Insbesondere Bundesfinanzminister Schäuble (CDU) und die Union insgesamt haben sich aus Finanzierungsvorbehalten massiv gegen die Erhöhung gewehrt. Dabei schätzen ExpertInnen, u.a. die AutorInnen der Gesamtevaluation der familienpolitischen Leistungen, den Entlastungsbetrag für Alleinerziehende als eine Leistung ein, die - bei relativ geringen Kosten - Familienarmut besonders effektiv zu vermeiden hilft.

Die Entlastung von Alleinerziehenden ist für Berlin von besonderer Bedeutung, denn in unserer Stadt sind ein Drittel der Familien alleinerziehende Familien. All diese al-



Setzen sich für die Unterstützung von Familien ein: Die SPD-Bundestagabgeordneten Fritz Felgentreu und Cansel Kiziltepe.

leinerziehenden Frauen und Männern erfahren nun eine stärkere Unterstützung und damit auch eine finanzielle Wertschätzung ihrer gesellschaftlichen Aufgabe der Kindererziehung.

Die nun beschlossene und überfällige Entlastung ist auch ein wichtiges Zeichen für mehr Geschlechtergerechtigkeit. Denn über 90% der 1,6 Millionen Alleinerziehenden in Deutschland sind Frauen.

Gemeinsam haben wir als Finanzpolitikerin und Familienpolitiker dafür gearbeitet, dass Familien stärker entlastet werden. Das Gesamtpaket, welches finanzielle Entlastungen und höhere Zuwendungen für Alleinerziehende und Familien beinhaltet, umfasst ein Volumen von knapp 4 Milliarden Euro jährlich.

Mit dem Familienpaket wurden im Bundestag weitere Entlastungen für alle Fami-

lienformen beschlossen. Mit dem beschlossenen Gesetz werden der steuerliche Grundfreibetrag und der Kinderfreibetrag für 2015 und 2016 entsprechend den Vorgaben des 10. Existenzminimumberichts angehoben. Diese Anpassung stellt das Existenzminimum steuerfrei und ist verfassungsrechtlich geboten.

KINDERGELD UND
KINDERZUSCHLAG STEIGEN

Damit die Förderung bei den Familien ankommt, die nicht vom steuerlichen Kinderfreibetrag profitieren, haben wir durchgesetzt, dass das Kindergeld wirkungsgleich angehoben wird. Das Kindergeld soll rückwirkend ab dem 1. Januar 2015 um vier Euro pro Monat und ab 1. Januar 2016 um weitere zwei Euro pro Monat steigen. Außerdem wird der Kinderzuschlag ab dem 1. Juli 2016 um 20 Euro pro Monat angehoben. Gerade Familien mit niedrigen Erwerbseinkommen profitieren vom Kinderzuschlag. Daher hatten wir beim Kinderzuschlag auf eine frühere Erhöhung gedrängt, jedoch wurde dies ebenfalls aus Finanzierungsvorbehalten von der Union abgelehnt.

Für uns ist es wichtig, dass die finanzielle Unterstützung von Familien dort ankommen muss, wo sie wirklich gebraucht wird: bei Familien mit mittlerem und niedrigerem Einkommen und Alleinerziehenden. Deren Entlastung darf nicht hinter der von hohen Familieneinkommen zurückbleiben. Neben der finanziellen Unterstützung gilt unser Fokus weiter der Verbesserung der zeitlichen Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie - insbesondere - einer guten Infrastruktur für die Bildung und Betreuung von Kindern.

Fritz Felgentreu / Cansel Kiziltepe □

„Großer Nachholbedarf“

SPD Parteikonvent: Familien in ihrer ganzen Vielfalt fördern

„Wir wollen Familien in ihrer Vielfalt so unterstützen, wie sie sind“, heißt es in einem Beschluss des SPD-Parteikonvents vom 20. Juni. Wer sich für Kinder entscheide und sie verantwortungsvoll erziehen wolle, verdiene dafür gute Rahmenbedingungen.

Das Familienleben in Deutschland sei bunter geworden, heißt es im Beschluss. „Kinder erleben im Laufe ihres Aufwachsens oft mehrere Familienformen. Denn neben der klassischen „Ehe mit Kindern“ sind ganz unterschiedliche Modelle getre-

ten, die vorübergehend oder auf lange Zeit gelebt werden: unverheiratete Paare, Alleinerziehende, Regenbogen- und Patchwork-Familien, binationale, multilokale oder Wahlfamilien - und noch einiges mehr.“

Insbesondere bei der Unterstützung alleinerziehender Eltern bestehe großer Nachholbedarf. Alleinerziehende sind eine starke Gruppe. Jede fünfte Familie bestehe inzwischen aus einem Elternteil mit Kind(ern) - in Großstädten wie Berlin ist es bereits jede dritte Familie. **BS □**

EU-Parlament:

TTIP, Burundi und die FIFA

Reise zum Europäischen Parlament in Straßburg

Vom 9.-12. Juni reiste eine rund 60-köpfige Gruppe interessierter Berlinerinnen und Berliner nach Straßburg, um auf Einladung der sozialdemokratischen Europa-Abgeordneten Sylvia-Yvonne Kaufmann die Arbeit des EU-Parlaments näher kennenzulernen.

Das Thema Europa hat an Attraktivität nichts verloren - davon zeugt nicht zuletzt der bis auf den letzten Platz besetzte rote Bus, der uns nach Straßburg bringt. Neben Berliner Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nimmt auch eine Anzahl Nicht-Parteimitglieder die Gelegenheit wahr, die Arbeit des europäischen Parlaments zu beobachten. Wir gehören zu den 110 Bürgerinnen und Bürgern, die jede(-r) EU-Abgeordnete pro Jahr einladen darf.

Weshalb fahren wir eigentlich nach Straßburg, wo doch Brüssel Sitz der EU ist? Sylvia-Yvonne geht später auf diese Problematik ein: Sie weist darauf hin, dass erst der Vertrag von Maastricht 1993 dem europäischen Parlament Mitspracherechte zusicherte - vorher war der Sitz des Parlaments ohne größere Bedeutung. Heute steht das riesige Plenargebäude außerhalb der vier Sitzungstage im Monat leer: Alle vorbereitenden Sitzungen, die Kontakte zu den Mitgliedern der Kommission und des Europäischen Rates finden am Arbeitssitz Brüssel statt. Doch die Wahl Straßburgs als Tagungsort des europäischen Parlaments symbolisierte einst die Versöhnung der früheren Erzfeinde Frankreich und Deutschland. Deshalb ist auch Sylvia-Yvonne dafür, den Tagungsort Straßburg beizubehalten - trotz der hohen Kosten und des zusätzlichen Zeitaufwands.

Der nächste Morgen hält erst einmal eine Enttäuschung für uns bereit: Parlamentspräsident Martin Schulz hat die Abstimmung über TTIP - die heiß diskutierte Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft - verschoben, unterstützt von der Mehrheit des Parlaments. Angesichts der vielen strittigen Punkte sprach sich das Parlament auch gegen eine Plenardebatte zu diesem Thema aus - vor dem Hintergrund, dass ein Thema nur einmal im Plenum debattiert werden darf.

„Fraktionen“ - ein wichtiges Stichwort in der exzellenten Einführung unserer Abgeordneten, mit der sie uns auf unseren Plenarbesuch vorbereitet: Der Versuch der Rechtsparteien um Marine Le Pen und Geert Wilders, eine achte Fraktion im EU-Parlament zu gründen, sei 2014 an der Bestimmung, dass einer Fraktion Abgeordnete aus mindestens sieben Mitgliedstaaten angehören müssen, gescheitert. Doch bereits



Parlament in Straßburg.

Foto: Pruschansky

einige Tage nach unserer Straßburg-Reise wird Marine Le Pen die neue Fraktion „Europa der Nationen und der Freiheiten“ vorstellen. Mit der Fraktionsbildung sind gewichtige Vorteile verbunden: Sitze in den Ausschüssen z.B. und viel Geld. Wir sollten später im Plenum ein eindrückliches Beispiel der parlamentarischen „Arbeit“ der Rechtspopulisten vorgeführt bekommen: Nach der Abstimmung am frühen Morgen zur Verschiebung von TTIP mussten die Abgeordneten an diesem Tag ein zweites Mal zu einer unüblichen Zeit - für gewöhnlich finden Abstimmungen um die Mittagszeit statt - Hals über Kopf in den Plenarsaal eilen, weil die rechtspopulistische

britische UKIP eine Abstimmung zur Unterbrechung des Plenums erzwungen hatte.

Trotz solcher Störmanöver ist die überzeugte Europäerin Sylvia-Yvonne Kaufmann begeistert von ihrer Arbeit im EU-Parlament. „Es gibt hier eine Fraktionsolidarität, aber keinen Fraktionszwang. So ist ein sehr flexibles Abstimmungsverhalten möglich, das oft zu erfreulichen Mehrheiten führt. Manchmal gibt es aber auch gegensätzliche Positionen innerhalb der Fraktion. So lehne ich die Kernenergie ab, während die französischen Sozialisten sie befürworten.“

Als Mitglied im Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres hat Sylvia-Yvonne mit einem der brennendsten Probleme unserer Zeit zu tun: mit der Asyl- und Flüchtlingspolitik. Sie vertritt die Meinung, dass die EU vor allem in der Friedenspolitik tätig werden muss, gleichzeitig aber auch mit einer veränderten Agrarpolitik zur Lösung des Flüchtlingsproblems beitragen sollte: Die Subventionierung der EU-eigenen Agrarprodukte verursacht gerade für Afrika große Probleme. Doch sieht sie in diesem Bereich bisher keine Bereitschaft, etwas zu ändern.

Wir erleben in der kurzen Zeit, die wir im Plenarsaal sein können, eine lautstarke Auseinandersetzung, die nicht geplante Abstimmung und eine Diskussion zur verzweifelten Lage in Burundi. Vor der Aussprache über die FIFA werden wir leider schon wieder hinauskomplimentiert.

Den Tag vor unserer Abreise hat Ernst-Patrick Mommsen, Leiter des Berliner Büros von Sylvia-Yvonne Kaufmann und perfekter Organisator, ganz den Schönheiten Straßburgs und des Elsass' gewidmet. Bevor wir am Nachmittag Straßburg von seinen Wasserstraßen aus betrachten, ist der Vormittag dem Besuch der „Haut-Koenigsbourg“ gewidmet, einem mittelalterlichen Schloss, das der deutsche Kaiser Wilhelm II. für viel Geld wieder aufbauen ließ. Es sollte wie die Marienburg im Osten von der Größe und Macht des Deutschen Reiches künden. Des eigentlichen Ziels unserer Reise eingedenk ertappt man sich bei dem Gedanken: Schön, dass wir diese Zeiten überwunden haben.

Die Reise nach Straßburg hat uns die wachsende Bedeutung der demokratischen Institution Europäisches Parlament bewusst gemacht und uns überzeugt, dass ihr die Stürfeuer der zur Zeit boomenden rechtspopulistischen Parteien auf die Dauer nichts anhaben können.

Stephanie Pruschansky ☐

ASF: Flüchtlinge besser unterstützen

Auf geschlechtsspezifische Bedürfnisse von Frauen und Mädchen werde derzeit kaum Rücksicht genommen, kritisiert die ASF-Bundvorsitzende Elke Ferner.

„Dringender Handlungsbedarf besteht bei der Unterbringung von geflüchteten Frauen und Mädchen, insbesondere in Sammelunterkünften“, erklärte Ferner. „Oft sind sie traumatisiert durch Formen sexualisierter Gewalt. Gerade für diese Frauen brauchen wir Schutz- und Rückzugsräume. Lange Wege und von Frauen und Männern gemeinsam benutzte Waschräume fördern Gewalt und sexuelle Übergriffe - hier sind dringend Maßnahmen zum Schutz der Frauen und Mädchen erforderlich.“ Auch die Gesundheitsversorgung für Asylbewerber_innen sei absolut unzureichend: Das Asylbewerberleistungsgesetz sieht eine medizinische Versorgung nur im akuten Notfall vor.

Gedenken:

Berührende Erinnerungen in Lidice

Arbeitskreis politische Bildung organisierte die 17. Gedenkfahrt

Der 10. Juni 1942 ist der schwärzeste Tag in der Geschichte der kleinen Gemeinde Lidice, wenige Kilometer von der tschechischen Hauptstadt Prag entfernt. Einige Tage nach dem Attentat auf den stellvertretenden Reichsprotektor von Böhmen und Mähren, Reinhard Heydrich, ordnete Adolf Hitler als Racheakt, die totale Zerstörung der kleinen Ortschaft an. Lidice sollte „dem Erdboden gleich gemacht werden“.

Obwohl sich die Bewohner in keinsten Weise irgendeines Verbrechens schuldig gemacht hatten, wurden 192 Männer am gleichen Tage erschossen, die Frauen in das deutsche Frauenkonzentrationslager Ravensbrück verschleppt und 82 Kindern in Polen in umgebauten Lastwagen vergast.

Nur 143 Frauen und 17 Kinder haben das Massaker überlebt und waren für das Leben gezeichnet, die Frauen durch die unmenschlichen Torturen im Frauen-KZ und die Kinder, die als „eindeutschungswürdig“, ihren Müttern weggenommen und in kinderlose deutsche Familien verkauft wurden. Der Reinickendorfer Arbeitskreis Politische Bildung knüpft seit Jahren enge Verbindungen zu den überlebenden Frauen und Kindern aus Lidice. Er hat sich zur Aufgabe gemacht, junge Menschen über die Verbrechen der Nationalsozialisten und die daraus entstandenen Folgen zu informieren.

Am Wochenende nach dem 10. Juni eines Jahres wird in Lidice ein Gedenken zur Erinnerung an die Opfer des Massakers beangangen. In diesem Jahr war es der 73. Jahrestag und der Arbeitskreis hat sich mit 26 Schülerinnen und Schülern der Gustav-Freytag-Oberschule und des Bertha-von-Suttner-Gymnasiums und 22 Mitgliedern und Freunden des Vereins auf die Reise in das Nachbarland Tschechien gemacht.

Auf dem Programm standen: der Besuch der deutschen Botschaft im Lobkowitz Palais auf der Prager Kleinseite, ein klassisches Konzert in der Gedenkstätte Lidice mit einer abendlichen Illumination der Umrisse der zerstörten Häuser des ehemaligen Dorfes Lidice. Die eigentliche Gedenkfeier begann am Samstagvormittag, mit einer Ansprache des Präsidenten des Senats der Tschechischen Republik, Jan Hamáček. Ein Besuch der „Goldenen Stadt Prag“ rundete das Samstagprogramm ab.

Glückliche Umstände führten dann am Sonntagmorgen zu einer für alle Beteiligten einzigartigen Begegnung: Mila Kalibová, eine der wenigen noch lebenden Frauen (92), die drei schreckliche Jahre unschuldig im KZ Ravensbrück verbringen musste und



Zeitzeuginnen Mila Kalibová und Marie Supiková mit Bohumil Rericha. Fotos: Helmut Walz

Marie Supiková, eines der „wiedergefundenen Kinder“ (83), standen den Schülerinnen und Schülern aus Berlin zu einem Zeitzeugengespräch zur Verfügung.

Unter der Moderation von Bohumil Rericha erzählte Mila von den furchtbaren Momenten, als die SS-Schergen den Müttern die Kinder wegnahmen und Maria schilderte, wie sie im Alter von 10 Jahren von ihrer Mutter getrennt wurde, um in einer deutschen Familie unter dem Namen Ingeborg Schiller in völlig fremder Umgebung aufzuwachsen und die deutsche Sprache lernen zu müssen. Glücklicherweise konnte sie von tschechischen Beamten nach Kriegsende, nach einer großen Suchaktion, gefunden werden. Als sie ihre Mutter, die das Frauen-KZ lebend überstanden hatte, wiedersah, konnte sie sich nicht verständlich machen, denn sie hatte inzwischen die eigene tschechische Muttersprache verlernt.



Berührte und bedrückte Gesichter der Jugendlichen bei den Schilderungen der Zeitzeugen.

Diese sehr persönlichen Schilderungen haben alle Zuhörer stark beeindruckt. Es war den Gesichtern der jungen aber auch der älteren Teilnehmer anzusehen, wie sehr sie davon berührt waren.

Die Mitglieder des Arbeitskreises haben auf ihren inzwischen 17 Gedenkfahrten, etwa 450 junge Menschen auf dem Weg nach Lidice begleitet. Besonders glücklich sind wir darüber, dass viele Lehrerinnen und Lehrer von Reinickendorfer Schulen diesen Gedanken tatkräftig unterstützen.

Wertvolle Hilfe kommt auch von Vertretern der im Bezirksparlament Reinickendorf vertretenen Parteien.

In diesem Jahr hat die „Initiative Reinickendorf“ einen namhaften Betrag zur Finanzierung der Begegnung beigesteuert, worüber wir sehr glücklich sind, denn der Arbeitskreis lebt ausschließlich von Mitgliedsbeiträgen und Spenden.

Helmut Walz (1. Vorsitzender) □

Mutige Vorkämpferin

Vor 150 Jahren wurde Lily Braun geboren

Vor 150 Jahren, am 2. Juli 1865, wurde Lily Braun in Halberstadt als Amalie von Kretschmann geboren. Im beginnenden 20. Jahrhundert engagierte sich die Schriftstellerin und Sozialdemokratin für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Mit 25 Jahren zog sie 1890 nach Berlin und begann, sich den Lebensunterhalt mit literaturhistorischen Studien selbst zu verdienen. Mit Ehemann Georg von Gizycki gab sie die Zeitschrift „Ethische Kultur“ heraus. Nach dessen Tod 1895 engagierte sie sich im Vorstand des Vereins „Frauenwohl“ und gab mit Minna Cauer die Zeitschrift „Die Frauenbewegung“ heraus.

Ihre Beschäftigung mit der Lebenssituation und der sozialen Lage der Arbeiterinnen führte sie weg von der bürgerlichen

Frauenbewegung und in die Reihen der Sozialdemokratischen Partei. 1896 heiratete sie den sozialdemokratischen Politiker und Publizisten Heinrich Braun. Mit ihm startete sie die Zeitschrift „Die Neue Gesellschaft“. Sie arbeitete daneben für sozialdemokratische Zeitungen und veröffentlichte Texte zur Frauenbewegung. Einige Artikel erschienen auch in der „Gleichheit“, bis es dort zum Bruch mit Clara Zetkin kam.

1901 erschien ihre Studie „Die Frauenfrage“, auch dies ein Versuch, zwischen bürgerlicher und proletarischer Frauenbewegung zu vermitteln. Zwischen 1909 und 1911 schrieb sie die zweibändige Autobiographie „Memoiren einer Sozialistin“. Gestorben ist Lily Braun am 9. August 1916. Ihr Grab ist auf dem heutigen Grundstück in Kleinmachnow, Klausenerstr. 22. **BS □**

Die politischen Sorgen sind vergleichbar

AG 60plus Charlottenburg-Wilmersdorf zu Gast in der Lutherstadt Wittenberg

Am 16. Juni 2015 besuchte die Arbeitsgemeinschaft 60plus Charlottenburg-Wilmersdorf die Lutherstadt Wittenberg. 31 Genossinnen und Genossen sowie Freunde der Arbeitsgemeinschaft nahmen an der Tagesfahrt teil. Bereits bei der Hinfahrt entstand eine rege Dialogatmosphäre.

In Wittenberg wurde die Gruppe von Mitgliedern der SPD begrüßt. In der Gaststätte Brauhaus empfing die Teilnehmer Stadtrat Reinhard Rauschening, Vorsitzender der neunköpfigen SPD-Fraktion.

Schnell wurde deutlich: Politische Probleme von Städten und Kommunen sind mit denen des Bezirks Charlottenburg-Wilmersdorf vergleichbar. Das Geld reicht vorn und hinten nicht. So sind zum Beispiel bei der Flüchtlingsfrage sowie den anstehenden Infrastrukturprojekten, die einfach zu lange dauern, finanziell alle überfordert.

Die AG 60plus Charlottenburg-Wilmersdorf wurde vom Landesvorsitzenden der



Austausch von Gastgeschenken: Die Charlottenburg-Wilmersdorfer brachten eine Ansicht vom Charlottenburger Schloss mit und bekamen einen Bildband Reise durch Sachsen-Anhalt. Von links nach rechts, Reinhard Rauschening Mitglied des Stadtrates Wittenberg, Norbert Wittke Vorsitzender der AG 60plus C-W, Werner Kleist Berliner Landesvorsitzender AG 60plus, Holger Wuttig Fraktionsvorsitzender SPD-Fraktion C-W und Norwin Dorn, Landesvorsitzender Sachsen-Anhalt AG 60plus.

Foto: Lothar Duclos

AG 60plus Sachsen-Anhalt Norwin Dorn in der Lutherstadt Wittenberg begrüßt.

Reinhard Rauschening führte die Gruppe auf kurzem Weg durch die Stadt zur Stadtkirche, in der Martin Luther gepredigt hatte. Die Kirche, so erhalten wie Luther sie kannte, inzwischen jedoch schön saniert, wurde vom Genossen Bernhard Naumann beeindruckend erklärt.

Wittenberg bereitet ein für Deutschland und ganz Europa bedeutendes Reformationsjubiläum mit umfangreichen Sanierungen vor. Ein Geschichtsjubiläum folgt zur Zeit dem nächsten: 2010 war der Todestag von Melanchthon, 2015 der Geburtstag Lucas Cranach d.J., 2017 werden die Feiern zur Reformation stattfinden.

Nur um zwei Tage verpasste die AG 60plus ein historisches Datum: Am 14. Juni 2015 wurde in der Stadtkirche, die wir bestaunten, an die Heirat Martin Luthers erinnert.

Norbert Wittke, Kreisvorsitzender AG 60plus Charlottenburg-Wilmersdorf □

Aus Datenschutzgründen nicht in der Internetversion enthalten

TERMINE

- 27.06.2015, 14:00 - 18:00, SPD Reinickendorf - Abt. Tegel-Süd, **Kiezstraßenfest**, mit Jörg Stroedter, MdA, Sterkrader Straße, 13507 Berlin
- 27.06.2015, 14:00 - 19:00, SPD Reinickendorf - Abt. Freie Scholle/Tegel, **Sommerfest am Marie-Schlei-Platz**, Rondell am Ende der Egidyastraße, Marie-Schlei-Platz, 13509 Berlin
- 27.06.2015, 18:00 - 23:00, SPD Reinickendorf - Abt. Heiligensee/Konradshöhe/Tegelort + Jörg Stöedter, MdA, **Sommerfest in der Havelldodge**, ehemals Restaurant „Igel“, Friederikestraße 33, 13505 Berlin, .a. mit Raed Saleh,
- 27.06.2015, 14:00 - 16:00, SPD Spandau - Abt. Wilhelmstadt + Daniel Buchholz, MdA, **Kiezputz in der Wilhelmstadt**, Treffpunkt Metzger Platz, 13595 Berlin
- 28.06.2015, 11:00, SPD Lichtenberg - Abt. Neu-Hohenschönhausen, Politbrunch: Wirtschaft - **Entwicklung der Ladenpassagen in Neu-Hohenschönhausen**. Kieztreff Lebensmut, Grevesmühlener Straße, 13059 Berlin
- 29.06.2015, 19:00, Jörg Stroedter, AfA Reinickendorf und SPD Heiligensee-Konradshöhe-Tegelort, **Prekäre Beschäftigung**, Rathaus Reinickendorf, Altbau, Eichborndamm 215-239, 13437 Berlin
- 29.06.2015, 18:30, ASF Lichtenberg, **Wert der Arbeit aus Frauensicht**, mit Ina Czyborra, frauenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus, SPD Kreisbüro Lichtenberg, Rathausstraße 7, 10367 Berlin
- 29.06.2015, 19:30, Andreas Kugler, MdA Steglitz-Zehlendorf, Geschichte zum Zuhören: **Lesung mit Walter Momper aus seinem Buch „Berlin, nun freue Dich!“**, Buchhandlung Schwericke, Moltkestraße 1, 12203 Berlin
- 29.06.2015, 13:00, Michael Müller, MdA Tempelhof, **Infostand am U-Bahnhof Platz der Luftbrücke**, am Taxistand, Manfred-von-Richthofen-Straße 2, 12101 Berlin
- 29.06.2015, 15:30, Michael Müller, MdA Tempelhof, **Gespräch mit dem Unternehmensnetzwerk „Netzwerk Südkreuz e. V.“**, Berliner Energie Zentrum, Bessemerstraße 23-39, 12103 Berlin. Anmeldung erbeten: 81 82 83 30 oder per E-Mail buero@michael-mueller-spd.de
- 30.06.2015, 15:00, AG 60plus Spandau, **Bauen - Wohnen - Mieten in Spandau**, Bürgerbüro von Daniel Buchholz, MdA, Quellweg 10, 13629 Berlin
- 30.06.2015, 19:30, AG Migration & Vielfalt Tempelhof-Schöneberg, **Jugendliche zwischen Islam und Islamismus**, Rathaus Schöneberg, Raum 3030, John-F-Kennedy-Platz 1, 10825 Berlin
- 01.07.2015, 18:30, **AG Migration und Vielfalt, Landesdelegiertenkonferenz**, DGB-Haus, Wilhelm-Leuschner-Saal, Keithstraße 1 +3, 10787 Berlin
- 01.07.2015, 18:30 - 21:00, Ole Kreins, MdA | Fachausschuss Mobilität, **Bahnverkehr im Wettbewerb**, mit Kirsten Lühmann MdB, Verkehrspolitische Sprecherin der SPD-Bundes-



Von Männern, Frauen und anderen Katastrophen: Die Berliner Zeichnerin HOGLI im Cartoonmuseum Luckau. Bekannt wurde HOGLI (Amelie Glienke) mit ihren Beziehungs- und Erziehungsstrips, die unter dem Titel „Weisbilder“ in der Zeitschrift „stern“ und später in der „Maxi“ erschienen. Diese Comics nehmen alles aufs Korn, was so „typisch Mann“ oder „typisch Frau“ ist und verdeutlichen auf amüsante Weise, wie kompliziert sich ihr gemeinsames Miteinander gestalten kann. Einen zweiten Schwerpunkt der Ausstellung mit dem Titel „Unterm Strich ...“ bilden die politischen Tageszeichnungen der Künstlerin. Als Illustratorin hat Amelie Glienke 22 Bücher mit dem „Kleinen Vampir“ gestaltet. Mit 140 Objekten und Originalzeichnungen soll, aus Anlass des 70. Geburtstages der Künstlerin, ein kleiner Querschnitt durch ihr Schaffen präsentiert werden. Gezeigt wird die Ausstellung noch bis zum 26. Juli 2015. Geöffnet ist das Cartoonmuseum am Dienstag, Donnerstag, Samstag und Sonntag jeweils von 13-17 Uhr. Es befindet sich in der Nonnengasse 3 hinter der Kulturkirche in 15926 Luckau. Der Eintritt beträgt 2, ermäßigt 1 Euro und für Kinder bis 12 Jahre ist dieser frei.

- tagsfraktion, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 107, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin
- 01.07.2015, 17:20, ASF Charlottenburg-Wilmersdorf, **AsF-Sommer-Kulturveranstaltung**: Besuch der Ausstellung „Fassbinder - JETZT“ Treffpunkt um 17.20 Uhr Haupteingang des Martin-Gropius-Baus, Niederkirchnerstraße 7, 10963 Berlin Anmeldung: barbarscheffer@hotmail.de
- 01.07.2015, 20:00, SPD Abteilung Dahlem, **Politische Wetteraussichten in Nordafrika, mit Peter Senft**, Dahlemer Gemeindehaus, Thielallee 1-3
- 01.07.2015, 16:00 - 18:00, Dilek Kolat, MdA - Friedenau, **Künstlerinnengespräch mit der Fotografin Silvia Sinha** „Brandmauern“, Wahlkreisbüro von Dilek Kolat, MdA, Schmiljanstr. 17, 1161 Berlin
- 01.07.2015, 11:00 - 13:00, Burgunde Grosse, MdA Staaken, **Besuch des Spandauer Tages für gute Arbeit**, Altstadt Spandau, Am Markt, 13597 Berlin
- 01.07.2015, 14:00 - 15:00, Burgunde Grosse, MdA Staaken, **Mieten-Infostand mit Burgunde Grosse und Jürgen Wilhelm vom Berliner Mieterverein**, Ladenzeile Brunsbütteler Damm 273, 13591 Berlin
- 01.07.2015, 18:00 - 20:00, Fachausschuss Stadt des Wissens - AG Schule + AFB Landes-

vorstand, **Das Volksbegehren im Bildungsreich**, mit Mark Rackles, Staatssekretär für Bildung, und Florian Bublys, Initiative Bildet Berlin, Kurt-Schumacher-Haus, Erika-Heß-Saal, Müllerstraße 163, 13353 Berlin

- 02.07.2015, 17:00, AG Migration und Vielfalt Steglitz-Zehlendorf lädt zu **„Menschen, Sonne und Tsatsiki - Sommerfest des NIS“**, Griechisches Kulturzentrum, Mittelstraße 33, 12167 Berlin

- 02.07.2015, 17:00 - 18:00, Frank Jahnke, MdA - Charlottenburg, **Bürgersprechstunde, Bürgerbüro Goethe15**, Goethestr. 15, 10625 Berlin

- 02.07.2015, 16:00 - 17:00, Burgunde Grosse, MdA + SPD Staaken, **Infostand mit Burgunde Grosse**, Staaken Center, Obstallee 28 - 30, 13593 Berlin

- 02.07.2015, 19:00 - 21:00, Burgunde Grosse, MdA Staaken, IGeL-Leistungen, **Welche Leistungen muss ich beim Arzt warum selbst bezahlen?** Café Pi8, Gemeindehaus der Ev. Kirchengemeinde zu Staaken, Pillnitzer Weg 8, 13593 Berlin

- 03.07.2015, 16:30 - 18:00, **Thomas Isenberg, MdA - Moabit, Bürgersprechstunde**, Hansaviertel, Tiergarten-Süd, Wahlkreisbüro Arminiusmarkthalle Moabit, Arminiusstraße 2-4, 10551 Berlin

- 03.07.2015, 18:00, SPD Mitte - Abt. Schillerpark + Bruni Wildenhein-Lauterbach, **Gartenfest**, Kolonie Freudental von 1908 e.V., Dubliner Straße Ecke Bristolstraße, 13349 Berlin

- 03.07.2015, 16:00 - 17:00, **Iris Spranger, MdA - Marzahn-Hellersdorf, Bürgersprechstunde**, Bürgerbüro, Köpenicker Straße 25, 12683 Berlin. Anmeldung unter 030/52283366

- 03.07.2015, 18:00, Frank Jahnke, MdA - Charlottenburg, **Sommerfest in der Goethe15**, Bürgerbüro Goethestraße 15, 10625 Berlin

- 03.07.2015, 16:00, junge AfA, **Diskussion zu den Freihandelsabkommen** mit der Europa-abgeordneten Sylvia-Yvonne Kaufmann (SPD), ver.di Geschäftsstelle Berlin-Brandenburg, Köpenicker Straße 30, 10179 Berlin, Raum 5.12

- 08.07.2015, 14:00 - 15:30, AG 60 plus + Berliner Seniorentreff, **Seniorenpolitik in Berlin mit Ulker Radziwill**, MdA, Stiftung BSW, Panoramastr. 1, 10178 Berlin (U + S Alexanderplatz, rechts vom Fernsehturm beginnt die Panoramastr. 1, über den Hof, nach links zum Aufgang B, mit dem Fahrstuhl bis zur 3. Etage fahren und rechte Tür zum BSW-Kulturzentrum)

- 07.07.2015, 14:00 - 16:00, **Ulker Radziwill, MdA Charlottenburg, Sprechstunde**, Kiezbüro von Ulker Radziwill, Friedbergstraße 36, 14057 Berlin

- 07.07.2015, 18:30, SPD Neuwestend, **9. Neuwestender Terrassenfest**, u.a. mit Michael Müller, Andreas Geisel, Matthias Kollatz-Ahnen, Jan Stöß, Christian Gaebler, Stadion Terrassen Berlin, Jesse-Owens-Allee, Berlin

- 08.07.2015, 18:00, SPD Berlin, **Programm-Konferenz: Soziales Berlin. Sicheres Berlin.**, Park Inn Hotel, Alexanderplatz 7, 10178 Berlin (siehe Seite 8)

- Alle Termine: www.spd.berlin/termine

Die Berliner Stimme im Abonnement

Änderungen beim Abonnement? Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, D 10405 Berlin

Sie haben noch kein Abonnement? Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 28 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 35 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, D 10405 Berlin, per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

Ein Menschenrecht auf Kultur

Diskussionsveranstaltung und Buchvorstellung

„Menschenrechte und Kultur – das Menschenrecht auf Kultur“ lautet der Titel eines im Steidl Verlag erschienenen Buchs. Die Herausgeber Johannes Ebert (Goethe-Institut) und Ronald Grätz (Institut für Auslandsbeziehungen ifa), stellen es am 1. Juli im Rahmen einer Podiumsdiskussion in der Akademie der Künste vor.

Kulturelle Vielfalt wird als Bereicherung erfahren und als Welterbe geschützt. Beim Kulturerbe geht es – mit den Worten der Generaldirektorin der UNESCO, Irina Bokova – nicht um Steine und Gebäude, sondern um Identitäten und Zugehörigkeit. Aber lässt sich die Pluralität der Kulturen befürworten, ohne die Universalität der Menschenrechte infrage zu stellen oder abzuschwächen? Nicht erst seit Charlie Hebdo hat sich dies als eine der großen politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit erwiesen. Wie kann Bildung, wie können die Künste, wie kann Kultur im weitesten Sinn zur Konsensfindung beitragen?

Darüber diskutieren Sarhan Dhouib, Institut für Philosophie der Universität Kassel, Herlinde Koelbl, Fotografin und Dokumentarfilmerin, Jeanine Meerapfel, Film-



„Tausendmal Nein“, Kairo. Während der Revolution in Ägypten begann Bahia Shebab das arabische Schriftzeichen für „Nein“ in Verbindung mit politischen Aussagen wie „Nein zu Diktatur“, „Nein zu Gewalt“ und „Nein zu Militärrherrschaft“ auf Wände in den Straßen Kairo zu sprühen.

© Bahia Shebab

regisseurin und Präsidentin der Akademie der Künste, Verena Metzke-Mangold, Präsidentin der Deutschen Unesco-Kommission, und Klaus Staeck, Grafiker, Verleger und bis Mai 2015 Präsident der Akademie der Künste. **PM** □

➡ Mittwoch, 1. Juli 2015, 20 Uhr, Vorstellung des Buches von Johannes Ebert und Ronald Grätz „Menschenrechte und Kultur. Das Menschenrecht auf Kultur“ (Steidl), Akademie der Künste, Clubraum, Pariser Platz 4, 10117 Berlin. Eintritt frei

Die Bildwelt von Bernd Mehlitz

In Groß Schönebeck hatte Bernd Mehlitz nach seinem Ausscheiden aus der Berliner Senatsverwaltung für Kultur eine neue Heimat und zurück zu seinem Jugendtraum gefunden: dem Malen.

Inspiziert von seinem Freund Hanefi Yeter hat er einen ganz eigenen Stil der Weltansicht gefunden, sich mit Pinsel und Leinwand auszudrücken. Nachdem zu seinen Lebzeiten schon zahlreiche thematische oder zeitbezogene Ausstellungen sei-

ner Arbeiten zu sehen waren, hat Lisa Westermann eine Retrospektive zusammengestellt, die einen Querschnitt aus seiner Bildwelt zeigt. **PM** □

➡ Ausstellung in der Immanuelkirche und dem Gemeindehaus sowie in der Remise des Jagdschlusses Groß Schönebeck, Eröffnung am Sonnabend, dem 27. Juni 2015 um 14.00 in der Remise und danach im Gemeindehaus und der Kirche. Zu sehen bis zum 30. August. Die Remise ist täglich von 10 bis 17 Uhr geöffnet.

Ausstellung:

Die Anfangsjahre der Einheit im Deutschen Historischen Museum

Der Weg zur deutschen Einheit war keine Auffahrt zu einer Prachtallee, eher eine Wegstrecke mit vielen Baustellen. Daran erinnert eine Ausstellung im Deutschen Historischen Museum im Zeughaus Unter den Linden.

Der Perspektivwechsel vom zeitgeschichtlichen hohen politischen Parkett zum Alltag der Menschen lädt tatsächlich zum Rundgang im Museum ein. Als „Porträt einer Übergangsgesellschaft“ vermitteln die Ausstellungsmacher nach Themen sortiert einen Rückblick auf die Zeitspanne 1990 bis 1995.

Die Ausstellung macht deutlich, dass die deutsche Einheit von den Bürgerinnen und Bürgern der ehemaligen DDR für ihren Alltag die weitaus größere Anpassung abverlangte. Sie zeigt, wie nahe „Aufschwung Ost“ und „Abwicklung“ durch die Treuhandlagen, wie rasch aus einem Stahlwerk mit 9000 Arbeitern ein Industriemuseum wurde.

Der Weg zur Einheit war eine Gratwanderung, die weder für Euphorie noch für Nostalgie Raum lässt. Die Ausstellung im Zeughaus bietet mit 280 Exponaten, ergänzenden Medien- und Hörstationen mit Zeitzeugeninterviews sowie 25 Biografien auf knappen Raum ein anschauliches Panorama über den Vereinigungsprozess zur deutschen Einheit aus verschiedenen und bewusst unterschiedlichen Blickwinkeln.

Gunter Lange □

➡ Alltag Einheit, Porträt einer Übergangsgesellschaft. Ein gemeinsames Projekt des Zentrums für Zeithistorische Forschung in Potsdam und des Deutschen Historischen Museums, Unter den Linden 2, 10117 Berlin; bis 3. Januar 2016, täglich von 10 bis 18 Uhr, Eintritt 8 Euro, ermäßigt 4 Euro, bis 18 Jahre frei.